

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten. Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. Anzeigen aus den Zahlstellen die vierspaltige Petitzelle 50 Pf.

Für Leistungslohn – gegen Tarifverträge

Mit einer Aenderung der staatlichen Tarifpolitik beschäftigten sich in neuerer Zeit die Unternehmerorganisationen in sehr ausgiebigem Maße. In der Unternehmerpresse wird es begrüßt, daß die von den Scharfmachern schon lange gestellte Forderung, den Schlichter von Berlin und andere Persönlichkeiten im Reichsarbeitsministerium von ihren Posten zu entheben, jetzt verwirklicht worden ist. Nach Meinung der Unternehmer soll dieser Kurs nun weitergesteuert werden. Zunächst soll eine Wandlung des gesamten Tarifrechts vorgenommen und die Reichs- und Bezirkstarifverträge durch Werkverträge ersetzt werden. Der Fortfall der Verbindlicherklärung und der von der Reichsregierung ausgesprochene Verzicht auf Allgemeinverbindlicherklärung der abgeschlossenen Abmachungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen soll ebenfalls in den Vordergrund der Auseinandersetzungen gestellt werden. Die wirkliche Durchführung der Unternehmer- und Regierungspläne in der Verbindlicherklärung und Allgemeinverbindlicherklärung durch staatlichen Hoheitsakt bedeutet ganz allgemein einen wesentlichen Eingriff in das Tarifrecht. Um diese Pläne durchzuführen, ist notwendig, daß durch die Regierung eine Aenderung der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918 erfolgt. Gerade das fordert die Schwerindustrie. Will die Regierung diesen Kreisen folgen, dann würde das ein völliges Kapitulationen vor den Scharfmachern der Schwerindustrie bedeuten.

Der Reichsarbeitsminister hat die Vertreter der Spitzengewerkschaften zu einer Besprechung, in der die Auflockerung des Tarifvertragswesens behandelt werden soll, eingeladen. Die Sitzung wurde abgesagt und auf einen späteren Zeitpunkt verlegt. Der Grund hierfür wird darin liegen, daß die Unternehmerverbände ihren Einfluß bei den zuständigen Stellen geltend machen und eine gründliche „Reform“ des Tarifrechtes forderten. Den Scharfmachern ist der Auflockerungsvorschlag des Reichsarbeitsministeriums zu zahm. Sie wollen nicht nur, daß von den Verbindlicherklärung und Allgemeinverbindlicherklärung durch die staatlichen Stellen nur in ganz seltenen Fällen Gebrauch gemacht wird, sondern sie gehen auf ganze. Mit dem Tarifrecht in seiner heutigen Form soll Schluß gemacht werden. Das kann nur erreicht werden durch völlige Beseitigung der gesetzlichen Bestimmungen. Den Vorschlägen der Regierung fehlt, wie die Deutsche Bergwerkszeitung betont, das sichtbare Zeugnis von dem Willen zu durchgreifenden Reformen, wie sie etwa die Abschaffung der Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen ein-

leiten könnte. „Weitgehender Verzicht auf die Anwendung der Verbindlicherklärung, wie wiederholt festzustellen war, und ihre gänzliche Abschaffung bedeutet“, so sagt das Organ des Grubenkapitals, „nämlich keineswegs dasselbe. Verzicht hebt eine Rechtsinstitution nicht auf, die unheilvoll genug zum Schaden aller gewirkt hat und wieder wirken kann, sobald im politischen Spiel die Kräfte und Größen wechseln sollten. Will man einer Wiederholung von Gefahren in der Zukunft vorbeugen, will man eine Neuauflage der Mißgriffe der Vergangenheit zum mindesten erschweren, so heißt es jetzt ganze Arbeit machen und sich nicht begnügen mit den Möglichkeiten der Anwendung des bestehenden, einem überwundenen Geiste entsprechenden Rechts.“

Das ist deutlich genug. Die Scharfmacher, die im Hintergrund des neuen politischen Kurses die Reichsregierung zu immer neuen Angriffen auf die Errungenschaften der Arbeiter vorwärtspeitschen, wollen die Stunde nützen.

Die sozialpolitische Einstellung des neuen Reichsarbeitsministers Dr. Schäfer ist bekannt. Ein weiterer Ausbau der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts ist von ihm nicht zu erwarten. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Baugewerbe muß nach Ansicht des „Fachministers“ anders erfolgen. Der Arbeitslohn soll nur nach Leistungen gewährt werden, mehr Zentralisierung der tariflichen Abmachungen und ohne staatlichen Zwang soll von den Vertragsparteien versucht werden, die von ihnen geschlossenen Verträge durchzuführen. Die Sicherung des Tariflohnes durch die Allgemeinverbindlicherklärung soll im Baugewerbe eingeschränkt oder überhaupt beseitigt werden.

Einen Antrag auf Erweiterung der Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe hat der Reichsarbeitsminister kürzlich wie folgt beantwortet:

„Ich beabsichtige nicht, die Frage des beruflichen Geltungsbereiches der Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe in nächster Zeit erneut zur Erörterung zu stellen. Die Ermittlungen bei Durchführung der Verfahren auf Allgemeinverbindlicherklärung der Bezirkslohnverträge haben teilweise erhebliche Zweifel entstehen lassen, ob sich die allgemeinverbindlich erklärten Lohnsätze bei den derzeitigen Wirtschaftsverhältnissen tatsächlich durchsetzen werden. Um so weniger scheint es mir angebracht, den beruflichen Geltungsbereich der Allgemeinverbindlichkeit zur Zeit zu erweitern.“

In diesem Schreiben wird der neue Kurs des Reichsarbeitsministers sehr deutlich gekennzeichnet. Die Papen-

regierung hat in dem von ihr entworfenen „Aufbauplan“ auch die Neuordnung des Schlichtungs- und Tarifvertragswesens einbezogen. Darunter soll, wie verlautet, die Absicht bestehen, das Tarifvertragswesen so weit aufzulockern, daß einzelne Betriebe überhaupt aus dem Tarifvertrag ausscheiden und nach niedrigeren Sätzen entlohnt werden können, wenn es die wirtschaftliche Lage der Betriebe notwendig macht. Da auch von der Verbindlicherklärung nur in äußersten Fällen Gebrauch gemacht

Das heuchlerische

1. Fortsetzung.

So heuchlerisch, wie das „Programm“ in der Frage der Sozialisierung ist, so ist es auch in der Frage der Gewinnbeteiligung. Der Punkt 14 lautet: „Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.“ Dazu auf Seite 36: „Beteiligung aller an schöpferischen oder wertschaffenden Unternehmungen Beschäftigten je nach Alter und Leistungen an den Erträgen des Werkes unter gleichzeitiger Mitverantwortlichkeit für die Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Werkes.“

Gewinnbeteiligung aller an schöpferischen oder wertschaffenden Unternehmungen: eine althergebrachte Forderung bürgerlicher Sozialreformer des vorigen Jahrhunderts, die sehr dehnbar ist. Nach der Fassung auf Seite 36 würden sämtliche Gewerbe-, Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe ihren Arbeitern Gewinnbeteiligung gewähren müssen. Dagegen würden nach der Fassung des Punktes 14 nur die Arbeiter der Betriebe vom Schlage der Kruppwerke in den „Genuß“ der Gewinne kommen.

In einem Punkt die Forderung nach Gewinnbeteiligung unter gleichzeitiger Mitverantwortung für das Geschäftsgeschehen des Betriebes, im andern nur die Forderung nach Gewinnbeteiligung allein. Auch hier die bewußte Doppelzüngigkeit. Um den Mittelstand zu ködern, redet man im Punkt 14 nur von den Großbetrieben. Um den Arbeiter vorzugaukeln, daß sie an allen Betrieben gewinnbeteiligt sein sollen, ist die Fassung auf Seite 36 gewählt. Damit aber die Geldgeber der Nazis, die Großindustriellen, nicht ein nach Sozialismus riechendes Haar in der Suppe des Koehes Hitler finden, hat die von Hitler bestellte letzte Instanz, Herr Feder, eine „Erläuterung“ zu dieser Frage auf Seite 58 geschrieben. Sie lautet: Die NSDAP. hat sich die Forderung nach Gewinnbeteiligung zu eigen gemacht. Diese ist im Grunde genommen eine rein sozialistische Forderung im besten Sinne des Wortes. Wie später in einem nationalsozialistischen Staat die Frage der Gewinnbeteiligung gelöst werden wird, steht hier nicht zur Besprechung. Die Quelle der Forderung nach Gewinnbeteiligung ist im allgemei-

werden soll, würde die bisherige Form des Schlichtungswesens damit einen ganz entscheidenden Stoß erhalten. Den Wünschen der Unternehmer und der Nationalsozialisten wird dadurch in überaus starkem Maße Rechnung getragen. Allen Scharfmachern im Unternehmerlager, die mit einer geschwächten und unorganisierten Arbeiterschaft zu tun haben, wird dieser Zustand sehr willkommen sein. Im Baugewerbe dagegen werden sie bei Durchführung ihrer Pläne kein leichtes Spiel haben. An der gewerkschaftlichen Schulung und Disziplin der Bauarbeiter wird die Regierung unbeugsamen Widerstand finden.

Programm der Nazis

nen entweder die Gewinnsucht, dann ist sie ihrem inneren Wesen nach kapitalistisch, oder der Neid, dann ist sie marxistisch. Es gibt keine wirtschaftliche oder moralische Begründung für den Anspruch auf Gewinnbeteiligung.“

Noch nie hat ein Parteiprogramm ein so verworrenes Durcheinander und Gegeneinander aufzuweisen gehabt als das der Nazis. Wenn es in dem „Programm“ heißt, die Gewinnbeteiligung ist eine rein sozialistische Forderung, so doch nur zu dem Zweck, der Arbeiterschaft Sand in die Augen zu streuen. Denn die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie lehnen die Forderung nach Gewinnbeteiligung ab, weil der Gewinn stets von der Geschäftslage und vom Geschick der Leitung des Unternehmens abhängig ist. Auf beides haben die Arbeiter keinen Einfluß. Die Belegschaft eines Betriebes mag noch so fleißig sein, trotzdem wird der Unternehmer stets am Jahreschluß einen Verlust nachweisen können, weil ihm die Bilanztechnik dazu alle Möglichkeiten bietet.

Die Gewinnbeteiligung ist nur ein Mittel, die Arbeiterschaft an die Betriebe zu binden und ihnen ihre soziale Lage nicht zum Bewußtsein kommen zu lassen. Deshalb ist die Behauptung, die Forderung ist rein sozialistisch, nur auf Dummenfang eingestellt und ein Beweis, daß der Verfasser des Programms von Sozialismus keine Ahnung hat.

Die NSDAP. ist weder eine sozialistische noch ist sie eine Arbeiterpartei. Sie ist ein zusammengewürfelter Haufen von verkrachten Existenzen, die nicht erkennen wollen, daß auch sie durch den Kapitalismus den wirtschaftlichen Boden unter den Füßen verloren haben und Proletarier geworden sind. Alles, was in dem Programm den Anschein von Sozialismus erwecken soll, ist nur ein Aushängeschild, um den wahren Charakter dieser Prinzen- und Kapitalistenpartei zu verdecken. Die Zusammensetzung ihrer Wahlvorschläge liefert uns erneut den Beweis, daß auch in dem neuen Reichstag die Nazis nur die Interessenvertretung des Kapitalismus sein werden.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftspolitische Hoffnungen und Aussichten

Die allgemeine Wirtschaftslage ist noch außerordentlich unbefriedigend. Besonders in Deutschland, wo die Arbeitslosigkeit um die gegenwärtige Jahreszeit noch nie einen so hohen Stand erreichte und eine so geringe saisonmäßige Entlastung aufwies. Das muß starke Besorgnisse für den kommenden Winter hervorrufen. Dennoch mehren sich die Stimmen, die eine Aenderung der Wirtschaftslage als begonnen oder nahe bevorstehend bezeichnen. Ohne in Optimismus zu verfallen, dem leicht Enttäuschungen folgen, kann anerkannt werden, daß sich gewisse wirtschaftspolitische Erscheinungen in diesem Sinne deuten lassen. So insbesondere die Preisentwicklung, desgleichen die Erledigung

der Reparationsfrage. Die Reparationen sind unter dem Druck der Weltkrise zusammengebrochen. Der Lausanner Vertrag ist zwar noch nicht ratifiziert. Gleichwohl wird mit ihm ein Strich durch die bisher bestandenen Reparationsverpflichtungen gezogen. Sie mußten fallen, weil sich ohne Gewaltanwendung aus der deutschen Wirtschaft nichts mehr herauspressen ließ und im übrigen die Fortsetzung der Reparationsleistungen die Wirtschaft der Reparationsgläubiger selbst schwer gefährdete.

So begrüßenswert die Streichung der Reparationsleistungen ist, eine unmittelbare finanzielle Erleichterung geht daraus für die deutsche Wirtschaft nicht hervor, da die Reparationszahlungen bereits

seit einem Jahr eingestellt sind. Eine Besserung der Wirtschaftslage trat nicht ein. Diese hätte sich bemerkbar machen müssen, wenn den Reparationszahlungen die ihnen von den Rechtsparteien, vor allem den Nazis, beigemessene Bedeutung für die Wirtschaft zukommen sollte. Nichts davon! Einfach aus dem Grunde, weil sie nur einen Teil der von dem deutschen Volke und seiner Wirtschaft zu tragenden Lasten darstellten. Deshalb bietet ihr Wegfall nur den Vorteil, daß die in dem Fortbestand der Reparationen liegende wirtschaftliche Beunruhigung beseitigt ist. Zur Aenderung der Wirtschaftslage reicht dieses Moment jedoch noch nicht aus.

Mindestens ebenso schwer wie die nun zum Teil beseitigten politischen Auslandsschulden drückt die private Verschuldung auf die deutsche Wirtschaft. Diesen Druck zu mildern oder zu beseitigen müßte der Verständigung in der Reparationsfrage auch eine endgültige Regelung der privaten Schulden folgen. Einen Anfang dazu bildet die Sanierung der Großbanken durch das Reich, die letzterem bei entsprechender Ausnutzung einen weitgehenden wirtschaftlichen Einfluß zu sichern imstande ist. Diese Sachlage auszunutzen bietet leider die gegenwärtige Reichsregierung keine Gewähr. Nur bei Anpassung der bestehenden Schuldverhältnisse an die vorhandene Wirtschaftslage kann der Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg frei werden. Moratorien im Innern wie dem Ausland gegenüber bringen jedoch keine Hilfe. Bloßer Zahlungsaufschub bedeutet nur eine Vertagung der notwendigen Lösung. Soll auch hier wieder das Reich helfen? Vielleicht durch Währungsexperimente auf Kosten der Sparer, Gläubiger und Steuerzahler? Die Großindustrie und Großagrarien würden eine derartige Hilfe sehr gern sehen! Sie ist aber entschieden abzulehnen, wenn nicht eine völlige Zerstörung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft eintreten soll.

Der Kapitalismus sucht einer Selbsthilfe, die nur durch scharfe Kapitalbeschneidungen bei den überschuldeten Unternehmungen zu erreichen ist, auszuweichen. Es ist ja auch einfacher und vorteilhafter, die Sanierung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung vorzunehmen. Deshalb wird der Schwindel von dem deutschen Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat fortgesetzt. Der Reichskanzler von Papen hat sich die kapitalistische Behauptung vom Wohlfahrtsstaat, der die deutsche Wirtschaft ruiniere, zu eigen gemacht. Er hat damit den Erfolg erreicht, daß den Angriffen auf die Fürsorge- und Sozialversicherungsleistungen, die ohne Rücksicht auf jahrzehntelange Beitragszahlungen der Versicherten brutal herabgesetzt wurden, bereits erneute Angriffe auf die Lebenshaltung der Arbeiter folgen. Ermutigt durch den Wahlerfolg ihrer nationalsozialistischen Schutztruppe und in Erwartung der Hitler-Regierung fordert die Schwerindustrie einen Lohnabbau bis zur Höhe der jetzigen Arbeitslosenunterstützung. Ist das auch Wahnsinn, so zeigt er doch Methode!

Kein Zweifel! Deutschland ist im weitesten Umfange Wohlfahrtsstaat geworden! Aber ein Wohlfahrtsstaat für die großkapitalistischen und großagrarischen Ausbeuter. Noch dazu ohne jede Gegenleistung! In Form von Schutzzöllen, Subventionen, Krediten, Bürgschaften und sonstigen Zuwendungen werden den Großindustriellen und Großagrariern auf Kosten der Steuerzahler und Verbraucher Jahr für Jahr Hunderte von Millionen geschenkt, die von ihnen als selbstverständlicher Tribut entgegengenommen werden. Allein in den letzten Jahren sind ihnen auf diese Weise nicht weniger als 5,5 Milliarden zugeflossen, die Zölle nicht eingerechnet, und haben mit dazu beigetragen, jene kapitalistische und agrarische Mißwirtschaft hervorzurufen, unter

der die Wirtschaft und die arbeitenden Massen leiden. Die Regierung Brüning ist bei dem Versuch, wenigstens nach der agrarischen Seite hin eine Sanierung herbeizuführen, an dem Widerstand der ostelbischen Junker gescheitert. Sie wollten sich ihr Recht, als chronisch „Notleidende“ weiter Reichssubventionen einzuschleichen, nicht rauben lassen. Soll es zu einer Besserung der Wirtschaftslage kommen, so wäre hier einzugreifen und dieser Karikierung einer staatlichen Wohlfahrtspflege ein Ende zu machen! Wer wagt es aber, unter den bestehenden politischen Verhältnissen darauf zu hoffen?

Die deutsche wie auch die internationale Wirtschaft krankt im wesentlichen an drei Uebeln. Diese bestehen darin, daß die planlose kapitalistische Wirtschaftsführung eine Ueberentwicklung der Produktivkräfte und als deren Folge eine ungeheure Ueberschuldung der produktiven Anlagen veranlaßt. Ferner, daß eine Steigerung der Produktion hervorgerufen wurde, der infolge der Herabdrückung der Arbeitseinkommen und Schwächung der Kaufkraft keine entsprechende Nachfrage gegenübersteht. Und schließlich haben wir auf dem Gebiete der Produktion wie der Verteilung eine Ueberorganisation festzustellen, die den durch die Arbeitskraft der arbeitenden Massen geschaffenen Mehrwert in immer mehr Atome zersplittert. Ein Heer von müßigen, unproduktiven, überflüssigen Schmarotzern hat sich zwischen Produktion und Verteilung eingenistet, das diese Mehrwertteile in Anspruch nimmt und durch fortgesetzten Druck auf die Löhne weiter zu erhöhen trachtet, womit sich die Wirtschaftslage unausgesetzt verschlimmert.

An diesen Ursachen geht der Kapitalismus achtlos vorüber. Er sieht nur die Mängel, die sich aus seiner Unfruchtbarkeit bei den von ihm abhängigen und darum leidtragenden Teilen der Wirtschaft bemerkbar machen. Hier fordert er deren Beseitigung. Das ist aber nur in verhältnismäßig geringem Umfang möglich, im übrigen wirkungslos, solange nicht in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst eine Aenderung eintritt. Diese bahnt sich zwar gegen den Willen des Kapitalismus an, doch geht sie außerordentlich langsam vor sich. Sie könnte beschleunigt werden, wenn die Arbeiterklasse geschlossen und einig wäre. Leider ist sie uneinig und zersplittert, weshalb ihr Einfluß zu einer entschiedeneren Umgestaltung der Wirtschaft nicht ausreicht. So sehen wir denn die kapitalistischen Parteien und Gruppen am Werk, als Kurpfuscher an den kranken Wirtschaftskörper herumexperimentieren und ihn mit ihren wirtschaftspolitischen Quacksalbereien weiter zugrunde richten. Die Millionen, die diesen Kurpfuschern und ihren blöden Versprechungen bei den politischen Wahlen folgten, werden um Enttäuschungen nicht herumkommen. Daß sich aus dieser Situation kein Vertrauen entwickeln kann, wie es für die endliche Besserung der Wirtschaftslage unerlässlich ist, bleibt eine bedauerliche Nebenerscheinung.

Dennoch brauchen wir nicht in Hoffnungslosigkeit zu verfallen. Ist auch die Automatik der Wirtschaftsentwicklung stark gehemmt, so doch nicht erloschen. Im Verlauf der Wirtschaftskrise hat sich bereits manches geändert. Es sind Kräfte vorhanden, diese Entwicklung weiter zu fördern, vor allem in der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Trotz schlimmster Krisenwirkungen haben sich die Gewerkschaften behauptet und sie werden es weiter tun. Damit bleibt die Grundlage bestehen, von der auch in Zukunft der Kampf gegen die kapitalistische Mißwirtschaft geführt wird, um bessere, vernünftigeren Wirtschaftsverhältnisse anzubahnen, so ungünstig hierfür die Aussichten noch erscheinen. M.

Unsere statistischen Feststellungen

vom 30. Juli 1932

Am vorerwähnten Tage haben 874 Zahlstellen berichtet und einen Mitgliederbestand (Poliere, Hilfspolier, Gesellen) von 84 256 nachgewiesen und außerdem 2686 Lehrlinge. Arbeitslos waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 64 649 oder 76,7 % und von den

Lehrlingen 766 oder 28,5 %. Krank waren von den Mitgliedern (ohne Lehrlinge) 687 oder 0,8 % und von den Lehrlingen 34 oder 1,3 %.

Wie groß die Arbeitslosigkeit im Bereich der einzelnen Landesarbeitsämter ist, zeigt nachfolgende Tabelle.

Landesarbeitsämter	Zahlstellen	Es berichteten							
		Mitglieder (ohne Lehrlinge)			Lehrlinge				
		gesamt	davon arbeitslos	krank	gesamt	davon arbeitslos	krank		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1. Ostpreußen	58	4 060	3 141	77,4	26	189	61	32,3	—
2. Schlesien	80	8 681	6 888	79,3	80	466	108	23,2	10
3. Brandenburg	113	8 775	6 201	70,7	74	302	54	17,9	4
4. Pommern	62	3 606	2 410	66,8	31	116	9	7,8	2
5. Nordmark	105	8 843	6 222	70,4	77	232	59	25,4	2
6. Niedersachsen	80	6 255	4 774	76,3	40	165	55	33,3	4
7. Westfalen	17	1 963	1 821	92,7	15	36	22	61,1	—
8. Rheinland	19	2 697	2 404	89,1	23	34	20	58,8	—
9. Hessen	25	3 435	3 008	87,4	16	58	32	55,2	1
10. Mitteldeutschl.	134	11 039	8 689	78,7	78	485	151	31,1	5
11. Sachsen	60	16 300	12 456	76,4	129	372	96	25,8	4
12. Bayern	78	5 501	4 203	76,4	60	156	63	40,4	1
13. Südwestdeutschl.	41	2 594	2 011	77,5	36	51	25	49,0	—
Deutsches Reich	872	83 749	64 223	76,7	685	2 662	755	28,4	33
14. Ausland	2	507	426	84,0	2	24	11	45,8	1
Insgesamt	874	84 256	64 649	76,7	687	2 686	766	28,5	34

Der gesamte Mitgliederbestand beträgt, einschließlich der 42 Zahlstellen, die 1357 Mitglieder und außerdem 29 Lehrlinge hatten und nicht berichteten, 916 Zahlstellen mit 85 613 Mitgliedern und außerdem 2715 Lehrlingen, insgesamt

88 328 Mitglieder. Bei der Feststellung im Juli wurde die Arbeitslosigkeit und Krankheit der Poliere, Hilfspolier, Gesellen und Lehrlinge getrennt vorgenommen. Das Ergebnis zeigt folgende Tabelle.

Von der Feststellung erfaßte	Gesamt	Davon arbeitslos		Davon krank	
		gesamt	in Prozent	gesamt	in Prozent
Poliere	2 551	1 177	46,1	40	1,6
Hilfspolier	1 906	1 047	54,9	24	1,3
Gesellen	79 799	62 425	78,2	623	0,8
Zusammen	84 256	64 649	76,7	687	0,8
Lehrlinge	2 686	766	28,5	34	1,3

Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 27. August.

Konjunkturstatistik

An der Konjunkturstatistik waren im Monat Juli 341 Betriebe beteiligt, die 1732 Zimmerer beschäftigten. Das sind 1148 Zimmerer weniger als im Juli 1931. Die Zahl der Firmen, die keine Zimmerer beschäftigten, beträgt 57. Von den 341 Betrieben, die berichteten, war der Beschäftigungsgrad in 4 Betrieben mit 58 Beschäftigten gut, in 33 Betrieben mit 437 Beschäftigten als befriedigend und in 304 Betrieben mit 1237 Zimmerern als schlecht zu bezeichnen. Im Laufe des

letzten Monats sind in 114 Betrieben 358 Zimmerer eingestellt und in 120 Betrieben 408 Zimmerer zur Entlassung gekommen.

Die Konjunkturaussichten für die nächsten 14 Tage wurden im allgemeinen als schlecht bezeichnet.

Aus nachstehender Tabelle ergibt sich, daß die Konjunktur gleich blieb. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres ist eine wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Am Ende des Monats	Der Beschäftigungsgrad wurde beurteilt mit						Bewertungsziffer
	gut		befriedigend		schlecht		
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	
Juli 1931	12	315	72	998	247	1 567	3,44
Juni 1932	3	55	37	441	303	1 269	3,69
Juli 1932	4	58	33	437	304	1 237	3,68

Ende Juli waren von 100 Verbandsmitgliedern 76,7 arbeitslos und 0,8 krank, somit nur 22,5 in Arbeit. Bei den Lehrlingen waren von 100 28,5 ohne Arbeit und 1,3 krank, somit nur 70,2 in Arbeit.

Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit ist 76,7 %. Die niedrigste Arbeitslosigkeit ist im Landesarbeitsamt Pommern mit 66,8 % und die höchste im Landesarbeitsamt Westfalen mit 92,7 %.

Die Zahlstellenfunktionäre

müssen für die pünktliche Kolportage des Verbandsorgans Sorge tragen. Wöchentlich muß der „Zimmerer“ allen Kameraden zugestellt werden.

Die Sozialdemokratie zeigt den Weg aus der Krise

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im neuen Reichstag eine Reihe von Gesetzentwürfen vorgelegt, die für die Besserung der Wirtschaftslage von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die Kerngedanken dieser höchst aktuellen Forderungen sind folgende:

1. **Aufhebung der Notverordnungen**, um den rücksichtslosen Sozialabbau und die einseitigen Massensteuernerhöhungen wieder rückgängig zu machen. Damit sollen die Unterstützungen der Arbeitslosen, die Sozialrenten und die Versorgung der Kriegsoffer wieder auf den früheren Stand gebracht werden. Verlangt wird weiter die Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und die Wiedereinführung der Freigrenze bei der Umsatzsteuer für die kleinen Gewerbetreibenden.

2. Ein vollständiger Umbau der Wirtschaft hat sich als notwendig erwiesen. Hierzu fordert die Sozialdemokratie die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, wie des Bergbaues, der Eisenindustrie, der Großchemie usw., sowie die Verstaatlichung der Großbanken. Ein besonderer Gesetzentwurf verlangt die Enteignung des Großgrundbesitzes, um den nutzlosen Subventionen an verschuldete Großagrarien ein Ende zu bereiten, die Gesundung der Landwirtschaft anzubahnen und das freiwerdende Land für Siedlungszwecke an Landarbeiter und Kleinbauern zu verteilen.

3. Für die Zeit des Uebergangs soll die Ueberwindung der Wirt-

schaftskrise und die Verminderung der Arbeitslosigkeit durch planmäßige Arbeitsbeschaffung und gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit erleichtert werden. Die Arbeitsbeschaffung soll umfangreiche öffentliche Arbeiten, die Förderung der Hausreparaturen und die Beschäftigung von Arbeitslosen in stillliegenden Fabriken und Werkstätten erfassen.

4. Die Finanzierung dieser dringend notwendigen Pläne soll folgendermaßen durchgeführt werden: Erhebung von Notsteuern von den hohen Einkommen und Vermögen, Besteuerung des Luxusverbrauchs, Schaffung eines Staatsmonopols für die Zigaretten- und Rauchtobakindustrie, eines staatlichen Erdölmonopols, Offenlegung der Steuerlisten, Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen und Streichung der Fürstenabfindungen.

Die Gesetzesvorschläge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion werden von der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land als ein Weg aus dem Dunkel begrüßt. Alle die Parteien, die sich im Wahlkampf als äußerst radikal gebärdet haben, werden zeigen müssen, ob sie bereit sind, diesen Vorschlägen zuzustimmen. Die Nationalsozialisten werden sich in einer Zwickmühle befinden. Hier ist ihnen Gelegenheit gegeben, ihrer immer betonten „antikapitalistischen Einstellung“ sichtbaren Ausdruck zu geben. Warten wir ab, wie der Reichstag entscheidet. Doch schrauben wir unsere Hoffnungen nicht allzu hoch.

Lohnpolitische Pläne

Es war vorauszusehen, daß die Unternehmer nach dem Stimmenzuwachs der Reaktion bei den Reichstagswahlen einen Vorstoß gegen die Tarif- und Lohnpolitik unternehmen würden. In der Tat melden sie bereits ihre Forderungen an. Als Vortrupp geht auch diesmal der Arbeitgeberverband Arbeit-Nordwest energisch voran. Der Jahresbericht dieses Verbandes kann als eine Kampfschrift gegen die Gewerkschaften und die staatliche Lohnpolitik bezeichnet werden. Er ist ein zeitgeschichtliches Dokument. Man geht bei der Annahme nicht fehl, daß große Teile der organisierten Unternehmer hinter den Forderungen von Arbeit-Nordwest stehen und sie zu verwirklichen bestrebt sind. Deshalb ist es notwendig, sich mit diesen Forderungen auseinanderzusetzen.

„Die staatliche Lohnpolitik“, so heißt es in dem Bericht, „blieb eine kurz-sichtige, engherzige, ihren angeblichen Zweck (Erhaltung der Kaufkraft) gründlich verfehlende Konsumentenpolitik. Eine Lohnpolitik, die in der Weise vom Staat unmittelbar selbst gemacht wird, daß der Staat über Schlichtungs- und Notverordnungspraxis die Löhne selbst festsetzt, kann nur kurz-sichtige Konsumentenpolitik und keine weitschauende Wirtschaftspolitik sein.“ Des ferneren wird ausgeführt, daß durch den Gedanken des Tarifvertrags der Wirtschaftlichkeit der Gewerbe wie der Betriebswirtschaftlichkeit in Form individueller Lohngestaltung nicht genügend Rechnung getragen sei. „Jeder Lohnabbau“ (wir zitieren nach der Bergwerks-Zeitung) „kam der Zeit nach zu spät und war der Methode nach zu schematisch und daher ungeeignet, als Anreiz zu neuer Wirtschaftstätigkeit zu dienen.“ Dann wird berechnet, daß die Löhne in der Eisenindustrie jetzt 77,6 M je Stunde im Durchschnitt betragen gegen 53,5 M vor dem Kriege. Das wäre eine untragbare Ueberhöhung. Man beachte, daß die Eisenunternehmer einen Durchschnittslohn von 77 M für eine derartig schwere und harte Arbeit bei den heutigen Preisen der Lebenshaltungskosten, die 21 % über denen der Vorkriegszeit stehen, als übersetzt bezeichnen.

Die Dinge seien nun an einem Punkt angelangt, wo nur eine grund-

der Scharfmacher

legende Reform helfen könne. „Eine Reform des Staates und seines Verhältnisses zur Wirtschaft, Ablösung der unmittelbaren Staatswirtschaft durch wirtschaftliche Selbstverwaltung und als erste Tat dieser Umstellung eine vollkommene neu orientierte Tarifpolitik und Arbeitslosenfürsorge... Das ist möglich durch Zulassung freierer Lohnfindung im Wege eines Spielraums innerhalb der laufenden Tarifverträge. Der Staat könnte und sollte sagen: die Löhnsätze der laufenden Tarifverträge dürfen durch Einzelarbeitsverträge, also durch Verträge zwischen Betriebsführer und Belegschaft, um einen bestimmten Hundertsatz unterschritten werden. Dieser Hundertsatz müßte natürlich erheblich sein; denn immer wieder muß im Auge behalten werden, daß bei dem heutigen eingeschränkten Umfang der Wirtschaft, bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit, die Unterstützungsbezüge der Arbeitslosigkeit praktisch ohnehin das Schicksal bezeichnen, von dem der größte Teil der Arbeiterschaft durch Kurzarbeit nicht mehr weit entfernt ist und das schließlich noch einem größeren Teil der Gesamtarbeiterschaft droht, wenn nicht neue Wirtschaftstätigkeit hervorgerufen wird.“

Die Arbeiterschaft muß wissen was hier gefordert wird. Arbeit-Nordwest ist der Meinung, daß die Tarifverträge durch Betriebsverträge ersetzt werden sollen. Bestimmte Betriebe sollen das Recht erhalten, die Löhne so weit herunterzusetzen, daß sie dem Durchschnittssatz der Arbeitslosenunterstützung entsprechen. Das wären etwa 30 bis 40 M je Monat. Wie ein Familienvater mit einem derartigen Satz auskommen soll, wird natürlich nicht gesagt. Eine solche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen würde die deutsche Arbeiterschaft in ein namenloses Elend versetzen. Doch was schert dies die Herren! Die Hauptsache ist, daß ihnen der Staat hilft, das Tarifgesetz zu beseitigen, damit eine derartige Lohnpolitik möglich ist. Es ist nicht notwendig, hierzu längere Ausführungen zu machen. Ein Sturm der deutschen Arbeiterschaft muß entfacht werden, wenn derartige Vorschläge in die Tat umgesetzt werden sollen.

Darüber hinaus verlangen aber die Unternehmer der Eisenindustrie eine Neugestaltung der Sozialpolitik im großen. Sie verlangen ein staatliches Aufsichtsrecht bei den Tarifverträgen, eine Umwandlung der Gewerkschaften zu berufsständigen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufsständischer Gemeinschaftsarbeit usw. Große Opfer seien notwendig, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Die Unternehmer der westdeutschen Eisenindustrie haben die Katze aus dem Sack gelassen. Sie haben die Richtung aufgezeigt, die die Sozialpolitik der Zukunft einzunehmen hat. Wenn es möglich wäre, diese Forderungen der Unternehmer zu verwirklichen, dann wäre die deutsche

Sozialpolitik um Jahrzehnte zurückgeworfen und die deutsche Arbeiterschaft die schlechtest bezahlte der ganzen Welt. Daß die deutsche Wirtschaft bei einem derartigen Lohnsystem vollständig zugrunde gehen müßte, dürfte jeder Laie einsehen. Wir sind überzeugt davon, daß dieses Signal zum Kampfe vom gesamten deutschen Unternehmertum bald aufgenommen wird. Wenn dann seitens der Gewerkschaften kein ernsthafter Widerstand geleistet werden kann, dann ist es um die deutsche Arbeiterschaft geschehen. Sie muß sich dann mit Löhnen zufrieden geben, wie sie vor 50 Jahren bestanden. Wer das nicht will, der Sorge dafür, daß die Gewerkschaften diese Vorstöße abzuwehren in der Lage sind.

Leistung und Verwaltungsaufwand der Gewerkschaften

Mit mehr als 4,1 Millionen Mitgliedern hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund das Jahr 1931 abgeschlossen. Die dem ADGB. angeschlossenen Verbände zeigten somit in ihrem Mitgliederbestand eine angesichts der furchtbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise beachtenswerte Festigkeit. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder lag Anfang dieses Jahres immer noch über der Mitgliederzahl, die die freigewerkschaftlichen Verbände Ende 1926, also vor dem Konjunkturaufschwung der Jahre 1927 und 1928 aufzuweisen hatten.

Die Gewerkschaften bewährten sich aber nicht nur in ihrem organisatorischen Aufbau hervorragend, auch in ihren Leistungen stehen sie nicht zurück. Man denke dabei nicht nur an die in unvergleichbar schweren sozialen Kämpfen der vergangenen Jahre abgewehrten Angriffe des Unternehmertums und der ihm weitgehend dienstbaren politischen Gewalten. Seit Beginn der Krise sind von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder auch direkte Unterstützungen in einem Ausmaß geleistet worden, daß selbst Gegner der Gewerkschaften dieser sozialen Hilfsaktion größten Stils ihre Anerkennung nicht versagen konnten. Rund 110 Millionen Mark sind im Jahre 1931 an die Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Verbände an Unterstützungen ausgezahlt worden. Im Jahre 1930 betrug diese Summe sogar 124 Millionen Mark.

Während die Banken ihre Zahlungen einstellten, große Konzerne zusammenbrachen und kaum ein gesellschaftliches Institut ohne Staatshilfe mehr lebensfähig war, haben sich die Gewerkschaften bei Anforderungen höchster Art geradezu glänzend geschlagen. Kein Wunder, wenn die gewerkschaftsfeindliche Presse sich über den jetzt erschienenen Vorbericht zum Jahrbuch des ADGB. herstürzt, um an Hand der von den Gewerkschaften in gewohnter Offenheit bis ins einzelne detaillierten Jahresabschlüsse zu behaupten, daß die Gewerkschaften ebenfalls am Ende ihres Lateins wären. Bei 184 Millionen Einnahmen hatten die Gewerkschaften im Jahre 1931 über 216 Millionen Mark Ausgaben. Aufgeregte Presseleute glauben daraus bereits den finanziellen Ruin der Gewerkschaften herleiten zu können. Dabei zeigt sich in diesen Zahlengrößen doch gerade, daß die Gewerkschaften dank einer vorausschauenden Vermögensbildung den Krisenan-sprüchen in vollem Umfang gerecht werden konnten. Besonders haben es einigen bürgerlichen Zeitungen die „Verwaltungskosten“ der Gewerkschaften ange-tan, die im vorigen Jahr (trotz Rückgangs in den letzten Jahren) immer noch rund 53 Millionen Mark betragen.

Wie nun jedes Gewerkschaftsmitglied weiß, der bürgerlichen Presse aber offenbar verschiedentlich noch unbekannt sein dürfte, verfügt die Gewerkschaftsbewegung zur Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben über einen in der Regel sogar tadellos funktionierenden Organisationsapparat.

Die Gewerkschaften — als Sachwalter nicht nur der organisierten mehr als vier Millionen Arbeitnehmer, sondern als die auch verfassungsmäßig berufenen Ver-

treter der Arbeiterklasse überhaupt — bedürfen natürlich neben der Mitarbeit hunderttausender ehrenamtlicher Funktionäre auch der entgeltlichen Arbeit angestellter Funktionäre und eines Stabes leistungsfähiger Bürokräfte. Ihre Zahl ist, wie wiederholt mit Zahlen nachgewiesen wurde, sogar angesichts der Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen Organe und ihrer Aufgaben auffallend niedrig. Einrichtung und Unterhalt von mehr als 12 000 örtlichen Verwaltungsstellen und einigen hundert Gau-, Bezirks- und Reichsleitungen, die Leitung der mannigfachen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Gewerkschaften erzwingen natürlich einen beträchtlichen finanziellen Aufwand für die sogenannte „Verwaltung“.

Ueber 12 000 Tarifverträge haben die Gewerkschaften abgeschlossen. Ende vorigen Jahres unterstanden 8½ Millionen Beschäftigte diesen tarifvertraglichen Vereinbarungen, die die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen der Arbeiterschaft regeln und die Ansprüche und Arbeitsbedingungen mehrerer hunderttausend Lehrlinge festlegen.

In 600 Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen erhielten um Rechtsauskunft nachsuchende Arbeitnehmer in 900 000 Fällen Auskünfte, wurden mehr als 300 000 Schriftsätze für sie angefertigt. Neben den 110 Millionen Mark Unterstützung aller Art, wie Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbefall-, Invaliden-, Notfall-, Reise- und Umzugsunterstützung, fanden hunderttausende hilfsbedürftiger Gewerkschaftsmitglieder persönlichen Rat und Hilfe bei ihren Gewerkschaften. Daß diese umfassende Tätigkeit nur mit Hilfe einer sorgsamsten Verwaltung der ein- und ausgehenden Mittel zu bewältigen ist, sollte einleuchten.

Man wird die Zahl der neben der verhältnismäßig kleinen Zahl hauptberuflicher Funktionäre ehrenamtlich für die Gewerkschaftsbewegung tätigen Kollegen mit einer halben Million nicht zu hoch bazziffern. Bestenfalls erhalten diese ehrenamtlichen Funktionäre ihre Auslagen zurück. Trotzdem summieren sich auch diese bescheidenen Auslagen, die der Verwaltung der Gewerkschaften hinzuge-rechnet werden, insgesamt zu beträchtlichen Aufwendungen. Es sind neben den gewerkschaftlichen Betriebsobleuten in der Zeit guter Beschäftigung etwa 300 000 freigewerkschaftliche Betriebsräte tätig gewesen, in den Gesellenausschüssen der Handelskammern sitzen rund 10 000, in den Ausschüssen der Berufsschulen rund 5000 Gewerkschafter. In den Arbeitsgerichten sind mehr als 10 000, in den Arbeitsämtern mehr als 2000 Gewerkschafter ehrenamtliche Beisitzer. In den Sozialversicherungskörperschaften vertreten, durch Wahlen delegiert, mehr als 50 000 freigewerkschaftliche Beisitzer die Interessen der Arbeiterschaft. Und unter diesen Beauftragten der Gewerkschaften befinden sich zur Zeit zahlreiche Arbeitslose, die nicht mehr in der Lage sind, die Unkosten aus ihrer Tätigkeit aus eigener Tasche zu bestreiten. Sie bedürfen heute mehr denn je einer Entschädigung aus den Mitteln der Organisationskassen, so daß es zu bewundern ist, daß die Kosten der Verwal-

tung in den Gewerkschaften in den letzten Jahren gesunken sind.

Die Geschichtsbeflissenen behaupten, daß ohne die Zünfte das soziale, ja das staatliche Leben des Mittelalters undenkbar wäre. Das mag stimmen. Der soziale Staat der Zukunft wird aber ohne Gewerkschaften und die durch sie ausgelösten großen gesellschaftsgestaltenden Kräfte ebensowenig auskommen. Man hält es heute beinahe in Deutschland für selbstverständlich, alles, was nicht Unternehmercharakter trägt, mit dem Hinweis auf den sich als notwendig erweisenden Verwaltungsaufwand als unnötige „gesellschaftliche Belastung“ abzutun. Wir

kennen das Lied aus dem Kampfe der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung, wir hörten es lange genug aus dem Munde der politischen Reaktion gegen die preußische Polizei, als sie noch nicht in ihren Händen war. Trotz wirtschaftlicher Not, die gewiß auch die Gewerkschaften veranlaßte, mit den spärlichsten Mitteln ihren Aufgaben gerecht zu werden, gilt es den gewerkschaftlichen Organisationsapparat, gilt es alle Einrichtungen der Gewerkschaften, ihre Büros und Volkshäuser, ihre Jugendheime und Bibliotheken zu fördern und nach bestem Können auch fernerhin auszubauen.

Die politischen Pläne der Reaktion

Die jetzige deutsche Reichsregierung hat es doch über sich gebracht, der Weimarer Verfassung durch eine Feier zu gedenken. Allerdings war dies eine Feier eigener Art und bei der Zusammenfassung der Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Kräfte durchaus erklärlich. Der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, der sich bei seinem Antritt als Monarchist bekannte, hielt die Festrede. Wenn ein Monarchist zur Wehestunde einer republikanischen Verfassung das Wort nimmt, dann kann man sich ungefähr denken, was dabei herauskommt. Der Herr Minister versicherte dann auch, daß die jetzige Reichsregierung nicht die Absicht habe, den Verfassungstag zu einem Festtag des Volkes zu machen. Trotzdem bleibe die Geburtsstunde der Weimarer Verfassung ein geschichtlicher Gedenktag. Die derzeitige Reichsverfassung sei aber trotz ihrer Mängel der einzige Grund, auf dem alle, unbeschadet ihrer Weltanschauung und politischen Meinung, stehen müssen. Auf diese Art vollführte der Reichsminister des Innern einen Eiertanz, um dann die beabsichtigten Verfassungsänderungen bekanntzugeben. Diese sollen folgendermaßen vorgenommen werden: Aenderung des Wahlrechts, Aufhebung der Listenwahl und

Einführung der Einzelwahlkreise, Heraussetzung des Wahlalters, Einschränkung der Möglichkeit der Wahl kleinerer Parteien, Einführung der Wahlpflicht und Errichtung einer ersten Kammer. Das sind die Pläne, die von den reaktionären Strömungen des heutigen Deutschlands zu verwirklichen gesucht werden. Kommen diese Reformen zur Durchführung, dann hat die deutsche Reichsverfassung das Recht verwirkt, als freieste Verfassung der Welt zu gelten. Der freie Willensausdruck des deutschen Volkes kann dann erst gefiltert in der politischen Machtausübung zum Ausdruck kommen. Die deutsche Demokratie hätte bei Durchführung dieser Absichten erneut eine Schlacht verloren. Dem freigewählten Reichsparlament würden durch die erste Kammer so viel Hemmnisse in den Weg gelegt, daß von einer Selbstbestimmung des Volkes nur noch bedingt gesprochen werden kann. Unter den Hammerschlägen der Reaktion soll Stück für Stück demokratischer Freiheit zertümmert werden. Es sei denn, die Arbeiterklasse Deutschlands würde die Kraft aufbringen, diesem Vernichtungswerk rasch und energisch Einhalt zu gebieten.

Die Bauarbeiter-Internationale tagt!

Am 3. und 4. August 1932 war in Zürich der Gesamtverband der Bauarbeiter-Internationale versammelt, um den Bericht des Sekretärs entgegenzunehmen und um über die Berichte der angeschlossenen Organisationen zu beraten. Die Bauarbeiter-Internationale zählte im Jahre 1931 in 19 Ländern mit 24 angeschlossenen Organisationen 879 403 Mitglieder. Vergleichlich mit den Zahlen des Vorjahres ergibt sich eine Verminderung um 71 846 Mitglieder, die in der Hauptsache zurückzuführen ist auf die in fast allen Ländern zu beobachtende schlechte Bautätigkeit. Das Baugewerbe ist von der Wirtschaftskrise am härtesten betroffen. Jetzt, in einer Zeit, in die sonst die Hochkonjunktur im Baugewerbe fällt, sind in der Mehrzahl der berichtenden Länder die Bauarbeiter bis zu 80 % arbeitslos.

In der Aussprache über das Problem der Arbeitsbeschaffung wurde von allen Rednern betont, daß die Maßnahmen der Regierungen in dieser Hinsicht als durchaus unzulänglich zu betrachten seien. Wollte man die Arbeitslosigkeit ernsthaft bekämpfen, dann müsse in allen Ländern die Bautätigkeit in Gang gebracht werden. Dadurch würden nicht nur die hunderteausende arbeitsloser Bauarbeiter Beschäftigung finden, sondern auch viele tausende Arbeiter anderer Berufe. Es fehlen überall gesunde, billige Wohnungen für die Arbeiterschaft, Kultur- und Verkehrsbauten sowie volkswirtschaftlich notwendige Anlagen wie Land- und Wasserstraßen, Talsperren mit Kraftwerken, Elektrifizierung der Eisenbahnen usw.

Der freiwillige Arbeitsdienst, der die jugendlichen Arbeiter von der Straße wegbringen soll, ist ein Palliativmittel, das die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem heraufbeschworene Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit nicht einmal mildern kann. Außerdem droht damit den Bauarbeitern

die Gefahr, daß ihnen durch den freiwilligen Arbeitsdienst Arbeitsgelegenheiten entzogen werden, für die sie beruflich zuständig sind. Aus diesem Grunde und auch deshalb, weil die im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten jungen Arbeiter dem moralischen Einfluß der Gewerkschaftsbewegung entzogen werden, lehnt der Gesamtverband der Bauarbeiter-Internationale diese Art der Arbeitsbeschaffung ab.

Der Gesamtverband hält die Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms durch die Bauarbeiter-Internationale für unangebracht, weil das Baugewerbe an sich in der Hauptsache auf lokale und nationale Bedürfnisse angewiesen ist, und auch deshalb, weil eine Anzahl gewerkschaftlicher Landeszentralen die Forderungen der Bauarbeiter in ihren Arbeitsbeschaffungsprogrammen berücksichtigt. Ungeachtet dieser Einstellung wird die Bauarbeiter-Internationale bereits vorhandene oder noch auftauchende internationale Arbeitsbeschaffungsprogramme fördern helfen, besonders in jenen Fällen, wo es sich um die Arbeitsbeschaffung in notleidenden Ländern handelt.

Der Gesamtverband ermächtigte den Geschäftsführenden Ausschuß, in besonderen Fällen jugendlichen Bauarbeitern die Teilnahme an Schulungs- und Bildungskursen sowie an Studienreisen durch Zuschüsse aus der Kasse der Bauarbeiter-Internationale zu ermöglichen. — Die Drucksachen und Berichte der Bauarbeiter-Internationale sollen in Zukunft auch in spanischer Sprache erscheinen; bisher waren die Berichtssprachen Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch. — Durch eine Anfrage bei den angeschlossenen Organisationen soll festgestellt werden, ob und in welcher Weise eine laufende Berichterstattung über den Baukostenindex durchführbar ist. — Die nächste Konferenz der Bauarbeiter-Internationale findet im Jahre 1933 in Brüssel statt.

Hitlers Diktatur zurückgewiesen

Das große Spiel hinter den Kulissen um die Führung der Reichsregierung hat ein vorläufiges Ende gefunden. Die großmütigen Ansprüche Hitlers wurden zurückgewiesen. Die gegenwärtige Reichsregierung versucht das Ergebnis der Wahlen in eine tragfähige Regierung umzuwandeln. Es war beabsichtigt, die Hitler-Partei zur Verantwortung zu bringen und mit ihr die Macht im Reich zu teilen. Hitler hat Papen einige Male an der Nase herumgeführt, bis er sich endlich bereit erklärte, mit ihm und Hindenburg zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen stellte Hitler die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt im vollen Umfang zu übertragen. Der Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung nach der amtlichen Verlautbarung sehr bestimmt mit der Begründung ab, „daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterland gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei“. Die Aussprache zwischen Hindenburg und Hitler soll mit der ersten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler geschlossen haben, „die von ihm angekündigte Opposition ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben“. Das Resultat des ganzen Kuhhandels war mithin, daß der Reichspräsident sowohl wie die Reichsregierung es ablehnten, dem Rattenfänger von Braunau die schrankenlose Diktatur zu ermöglichen.

Das deutsche Volk ist in einen Bürgerkrieg hineingehetzt worden, um den „nationalen aufbauwilligen Kräften“ Gelegenheit zur Mitarbeit zu geben. Um

dies zu erreichen, mußte Brüning gestürzt werden. Die neue Regierung war nur zu bereit, die Forderungen der Nazis zu erfüllen. Es folgte die Aufhebung des SA.-Verbots, die Auflösung des Reichstags, die gewaltsame Entfernung der preußischen Regierung und die vielen sonstigen Liebesdienste den Nationalsozialisten gegenüber. Damit glaubte man letztere bündnisfähig gemacht zu haben. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Entschluß, alles oder nichts zu verlangen, ist, wie ein nationalsozialistisches Organ sagt, „mit ruhigen Nerven in den bayerischen Bergen“ gefaßt worden. Damit ist die Situation einigermaßen klar gestellt.

Die Regierung von Papen ist einem plumpen Bauernfängertrick zum Opfer gefallen. Und dieserhalb mußte die republikanische Bevölkerung Deutschlands monatelang einen blutigen Terror über sich ergehen lassen. Diese „aufbauwilligen Kräfte der Nation“ haben sich als eine wahre Banditenbande entpuppt. Wir können uns über diese Entwicklung freuen, wenn nicht noch größere Auseinandersetzungen in Aussicht ständen. Komme es, wie es will, die Arbeiterschaft muß verlangen, daß der Rechtsboden wieder hergestellt wird und die Regierung mit aller Schärfe gegen die organisierten und bewaffneten Banden vorgeht. Das Unrecht an der republikanischen Bevölkerung muß wieder gutgemacht werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Reichsregierung von ihren bisherigen Methoden entschieden abrückt. Dies wird man von einer solchen Regierung nicht verlangen können. Die Arbeiterschaft wird sich aber auch in Zukunft ihrer Haut zu wehren wissen, mag es kommen wie es immer wolle.

Wer gilt als Wohlfahrtserwerbsloser?

Diese Frage ist zur Zeit sehr umstritten und erfordert eine Überprüfung der bisherigen Anerkennungen durch die Arbeitsämter. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat bereits unter dem 9. August dieses Jahres an die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter diesbezügliche Anordnungen ergehen lassen. Es soll geprüft werden, ob in jedem einzelnen Fall die Voraussetzungen der Grundsätze vom 14. Juni 1932 gemäß der Wohlfahrtshilfeordnung gegeben sind. Hiernach gelten als Wohlfahrtserwerbslose nur Arbeitnehmer, die arbeitsfähig, arbeitswillig und unfreiwillig arbeitslos sind und das 60. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Ferner ist erforderlich, daß sie als Arbeitssuchende in dauernder Kontrolle des Arbeitsamts stehen, sofern sie eine laufende Unterstützung aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge beziehen und diese Unterstützung im Verhältnis zum Richtsatz der allgemeinen Fürsorge nicht nur geringfügig ist. Wer den Bezug von Wohlfahrtsunterstützung infolge Arbeitsaufnahme unterbricht und sich darauf erneut arbeitslos meldet, gilt weiter als Wohlfahrtserwerbsloser, sofern er nicht eine neue Anwartschaft auf die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung erworben hat. Dagegen kommen als Wohlfahrtserwerbslose nicht in Betracht nicht nur vorübergehend arbeitsunfähige Kranke und Empfänger von Renten aus der Sozialversicherung und der Reichsversorgungsgesetze, sofern die Rente wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit von mehr als zwei Drittel gewährt wird. Und endlich solche Arbeitslosen nicht, die nach ärztlicher Untersuchung weniger als ein Drittel arbeitsfähig sind. Ebenso gelten werkbeurlaubte Angestellte und Arbeiter sowie beurlaubte Lehrlinge dann nicht als Wohlfahrtserwerbslose, wenn das Fortbestehen ihres Arbeitsverhältnisses aus den An-

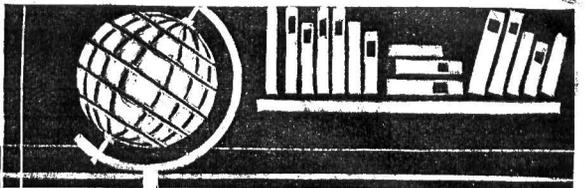
spruch auf versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung ausschließen würde. Im übrigen muß der Wohlfahrtserwerbslose nicht bloß als Arbeitssuchender beim zuständigen Arbeitsamt gemeldet sein, sondern vielmehr dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung stehen.

Die Notstandsarbeiter, Fürsorgearbeiter und Arbeitsdienstwilligen gelten als Wohlfahrtserwerbslose, wenn die Gemeinde für die Notstandsarbeiter die Grundförderung oder Förderung zahlt, die Fürsorgearbeiter während der Beschäftigung in Fürsorgearbeit als Arbeitssuchende gemeldet bleiben und die Arbeitsdienstwilligen bei der Gemeinde bis zum Eintritt in den freiwilligen Arbeitsdienst als Wohlfahrtserwerbslose galten.

Ob nun die zuständigen Arbeitsämter im Benehmen mit den zuständigen Wohlfahrtsämtern bis zum 31. August dieses Jahres erstmals die wirkliche genaue Feststellung der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen auf Grund der neuen Grundsätze erledigen können, muß bezweifelt werden. Man vergegenwärtige sich einmal nur neben der erneuten Anordnung der Feststellung der Arbeitnehmereigenschaft und Arbeitsfähigkeit die Feststellung des Verhältnisses der nicht geringfügigen Unterstützung zum geltenden Richtsatz in den zahlreichen Wohlfahrtsämtern. Unrichtige Zahlenangaben können aber auch zu einer Benachteiligung oder Bevorzugung eines Bezirksfürsorgeverbandes führen, da diese Zahlen bei der Verteilung der reichsseitigen Wohlfahrtshilfe zugrunde gelegt werden sollen. Mithin tragen die Arbeitsämter und Landesarbeitsämter auch in der Feststellung der wirklichen Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen eine sehr große Verantwortung. Wird hierin für die Zukunft aber nicht Hand in Hand von den zuständigen Stellen gearbeitet werden, dürften die angeordneten Feststellungen ständige Lücken über die Zahlen der Wohlfahrtserwerbslosen aufzuweisen haben. R. V.

Kameraden! Jede gelesene Nummer des „Zimmerer“ muß Unorganisierten in die Hand gegeben werden!

UNTERHALTUNG & WISSEN



Es zieht!

Eine Szene von Hans Bauer.

Den deutschen Staatstheatern zur Auf-führung dringend empfohlen!

Ort: Eine Bahnhofswirtschaft. Per-sonen: Der dicke Herr. Der dünne Herr. Die Wirtin (erst später auftretend).

Der dünne Herr: „Es zieht . . . Sie gestatten wohl, daß ich das Fenster schließe?“

Der dicke Herr: „Wieso zieht es? Ein bißchen frische Luft tut doch nur gut!“

Der dünne Herr: „Na, das ist schon nicht mehr bloß ein bißchen frische Luft. Es zieht wie Hechtsuppe.“

Der dicke Herr: „Merkwürdig, wie verweichlicht man in der Stadt ist.“

Der dünne Herr: „Was heißt hier verweichlicht! Sie bezahlen mir die Arzt-rechnung nicht, wenn ich mir was hole.“

Der dicke Herr: „Arztrechnung be-zahlen auch noch! Aber warum nicht! Es ist schließlich Mode geworden, auf anderer Leute Kosten zu leben!“

Der dünne Herr: „Allerdings, das ist schon lange Mode. Ich brauche mir da bloß gewisse wohlgenährte Herren anzusehen, die sich bestimmt nicht ihr Geld mit eigener Hände Arbeit erworben haben.“

Der dicke Herr: „Schöne Redensarten, die Sie sich da angelernt haben! Aber so ist's richtig: von der Volkswirtschaft hat man keine Ahnung, dafür nimmt man den Mund tüchtig voll.“

Der dünne Herr: „Was Sie schon unter Volkswirtschaft verstehen werden: die Ausbeuterei des Unternehmertums!“

Der dicke Herr: „Jedenfalls verstehe ich nicht darunter, daß das Risiko des Lebens auf den Staat abgewälzt wird!“

Der dünne Herr: „Bloß das Unter-nehmertum, das darf sein Risiko auf den Staat abwälzen und sich mit dicken Sub-ventionen den Bauch vollschlagen. Aber warten Sie mal ab! Es kommt jetzt ein Dreh in die Sache. Die längste Zeit hat diese Schweinerei gedauert!“

Der dicke Herr: Mit diesen lächer-lichen Drohungen locken Sie heute keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Der Wind hat umgeschlagen.“

Der dünne Herr: „Sehr im Bilde scheinen Sie über den Stand der Dinge gerade nicht zu sein. Deutschland macht sich heute aus seinen Ketten frei!“

Der dicke Herr: „Allerdings macht es sich frei. Aus den Ketten, die das Pro-letariat ihm umgehängt hatte.“

Der dünne Herr: „Aus den Ketten des Kapitals macht es sich frei!“

Der dicke Herr: „Haben Sie schon mal von Adolf Hitler gehört?“

Der dünne Herr: „Dasselbe wollte ich gerade Sie fragen!“

Der dicke Herr: „Das wollten Sie ge-rade mich fragen? Da kann ich Ihnen ja einen sehr eindeutigen Bescheid geben: Sie sollen wissen, woran Sie sind: Ich bin Nationalsozialist!“

Der dünne Herr: „Sie Nationalsozialist? Nun reden Sie sich mal bloß nichts ein! Ich bin Nationalsozialist! Haben Sie mal Hitler reden gehört? Hitler ist ein Führer der Enterbten!“

Der dicke Herr: „Aber das ist ja dummes Zeug, was Sie reden! Ich habe Hitler öfter reden gehört als Sie! Er ist ein Führer zur wirtschaftlichen Vernunft. Er hat Sinn für die Sorgen des Unter-nehmertums, denn nur von einer gesun-den und von ihren Fesseln befreiten Wirt-schaft kann die Heilung kommen.“

Der dünne Herr: „Sie reden wie ein jüdischer Bankier! Heil Hitler!“

Der dicke Herr: „Und Sie reden wie ein Marxist! Auch Heil Hitler!“

Der dünne Herr: „Sie werden mir hier was von Nationalsozialismus erzählen können: Ich bin Standartenführer aufm Berliner Wedding. Wir Wedding Pro-leten werden ja wohl noch eine Ahnung davon haben, was Hitler will. Er lebt und stirbt fürs Proletariat!“

Der dicke Herr: „Sie Standarten-führer? Ich bin ja selber Standarten-führer in Finnow in Ostpreußen. Na-türlich ist Hitler fürs Proletariat. Aber er weiß, daß nur die Pflege des Unter-nehmergeistes und der Abbau des Wohl-fahrtsstaates dem deutschen Arbeiter Brot verschafft. Er lebt und stirbt für eine gesunde Förderung des Privateigen-tums.“

Der dünne Herr: „Ich werde bean-tragen, daß Sie aus der Partei ausge-schlossen werden. Sie gehören überall hin, bloß nicht zu Hitler.“

Der dicke Herr: „Nein, Sie müssen fliegen! Sie gehören zu den Roten!“

Der dünne Herr: „Was soll ich mir ihr unsinniges Zeug über Hitler anhören! Es zieht, und ich verlange, daß das Fenster zugemacht wird.“ (Er geht ans Fenster.)

Der dicke Herr: „Es ist schwül in diesem Raum und das Fenster bleibt offen.“ (Er folgt dem dünnen Herrn zum Fenster.)

Der dünne Herr: „Das Fenster wird zugemacht.“

Der dicke Herr: „Es bleibt offen.“ (Das Fenster bricht in Scherben.)

Der dünne Herr: „Jetzt haben Sie das Fenster zerschlagen.“

Der dicke Herr: „Sie haben es zer-schlagen. Sie haben es mir aus der Hand gerissen.“

Der dünne Herr: „Sie haben zu schnell losgelassen.“

Die Wirtin erscheint: „Was ist denn hier los?“

Der dicke Herr: „Dieser Herr hat Ihr Fenster zerschlagen!“

Der dünne Herr: „Keine Spur! Dieser Herr hat es zerschlagen!“

Die Wirtin: „Aber meine Herren, wer hat es denn nun zerschlagen?“

Der dicke Herr: „Dieser Herr hat es mir aus der Hand gerissen.“

Der dünne Herr: Umgekehrt: Dieser Herr hat es zu zeitig losgelassen.“

Die Wirtin: „Wenn Sie sich nicht einigen können, werden Sie beide be-zahlen müssen.“

Der dicke Herr: „Ich denke ja gar nicht daran. Das möchte mir einfallen, dem Herrn die Schulden zu bezahlen.“

Der dünne Herr: „Fällt mir gar nicht ein, für diesen Herrn aufzukommen.“

Die Wirtin: „Glauben Sie vielleicht, daß ich das Fenster bezahlen soll? Das Geschäft geht miserabel genug. Ich kann mir für ein lumpiges Glas Bier nicht die Wirtschaft demolieren lassen. Ein Unheil anrichten und sich dann vom Be-zahlen drücken: so ist's richtig! Am Ende ist das wohl auch bloß ein abge-kartetes Spiel, daß einer die Schuld auf den andern schiebt.“

Der dicke Herr: „Nun lassen Sie bloß mal diese Anspielungen sein, wenn ich recht sehr bitten darf.“

Die Wirtin: „Wer kann denn heute noch den Menschen trauen. Es ist keine Zucht mehr in Deutschland! Das Verant-wortungsgefühl ist dahin. Aber das kann ich Ihnen sagen, meine Herren: Bald wird das anders werden! Hitler wird dafür sorgen!“

Der dünne Herr: „Was hat denn Hitler mit Ihrer Scheibe zu tun?“

Die Wirtin: „Die Leute werden sich mit unsereinem nicht mehr alles raus-nehmen dürfen und es wird überhaupt ganz allgemein besser werden mit dem Mittelstand. Heute, wo wir zwischen den Großen rechts und der Anmaßung des Ar-beiters links zerrieben werden, ist's ja kein Leben mehr zu nennen.“

Der dünne Herr: „Unverschämtheit von so 'ner Budikerin, von der Anmaßung des Arbeiters zu reden! Sie haben ja keine Ahnung, was Nationalsozialismus bedeutet!“

Der dicke Herr: „Vor allem ist's eine Unverschämtheit, von den Großen rechts zu reden. Was soll das heißen? Was meinen Sie mit dieser Perfidie?“

Die Wirtin: Hitler ist der Mann des

Gastwirtsgewerbes und der verwandten Branchen, wenn Sie das noch nicht wissen sollten! Er wird die Umsatzsteuer und die Biersteuer beseitigen. Ich habe es aus seinem eigenen Munde gehört, als er mal hier gesprochen hat. Er lebt und stirbt für den Mittelstand. Wie können Sie mir schon was über den Nationalsozialis-mus weismachen wollen, wo mein Mann hier Standartenführer ist!“

Der dicke Herr: „Standartenführer . . . ausgerechnet! Aber ich habe es nicht länger nötig, Ihr ungereimtes Zeug über unsere heilige Bewegung anzuhören. Mein Zug fährt in zehn Minuten. Hier ist das Geld für das Bier.“

Der dünne Herr: „Sie haben ja beide keine Ahnung von Hitlers Willen. Ich zahle auch.“

Die Wirtin: „Wo bleibt das Geld für die Scheibe?“

Der dicke Herr: „Wenden Sie sich an diesen Herrn!“

Der dünne Herr: „Unterlassen Sie endlich diese Unverschämtheiten!“

Die Wirtin: „Sie scheinen beide die Richtigen zu sein. Die Polizei sollte man holen!“

Der dicke Herr: „Begegnen Sie mir beide im Mondenschein! Heil Hitler!“ (Er geht.)

Der dünne Herr: „Heil Hitler! . . . (Nach einer kurzen Pause.) Ein Gauner, Lump und Schwindler ist er doch!“

Die Wirtin: „Und Sie sind nichts Besseres!“

Der dünne Herr: „Sie sind eine Klaffe, daß Sie's wissen! Heil Hitler! (Er geht.)“

Die Wirtin: „Heil Hitler! . . . (Nach einer Pause, ihm nachschimpfend) Sie Dreckspatz, Sie elender, Sie Schweine-kerl, Sie Gewitterbock!“

Wie verhütet man die Krebskrankheit?

In Deutschland sterben in jedem Jahr rund 75 000 Menschen am Krebs. Die Tuberkulose fordert schon seit Jahren weit weniger Opfer. Die Zahl der Krebstodesfälle ist ständig gestiegen, allerdings nicht, weil sich die Krankheit immer weiter ausgebreitet hat, sondern weil die älteren Leute, die heute in unserm Volk stärker vertreten sind als früher, am Krebs häufig erkranken. Der Kampf gegen das bösartige Leiden bestand bisher fast ausschließlich in einer frühzeitigen und gründlichen Behandlung der erkrankten Menschen. Die Heilmittel, die dem Arzt zur Verfügung stehen, sind in der letzten Zeit noch verbessert worden und vermögen tatsächlich vielen Krebskranken die Gesundheit wiederzu-gewinnen. In der Verhütung der Krankheit ist die Wissenschaft aber noch nicht über den allerersten Anfang hinweggekommen.

Man kann wohl allgemein sagen, daß, wer ein gesundheitsgemäßes Leben führt, mehr Aussicht hat, vom Krebs verschont zu bleiben, als jemand, der auf die natür-lichen Bedürfnisse seines Organismus keine Rücksicht nimmt. Aber welche Faktoren im einzelnen die Entstehung des Krebses begünstigen oder hemmen, bedarf noch eingehender Erforschung. Einen Beitrag zur Lösung dieser Frage liefert eine Arbeit des Hygienischen In-stituts der Universität Münster, die sich auf die englische Berufsstatistik von 1927 stützt. Es wurden zwei Berufsgruppen mit besonders hoher Krebssterblichkeit gefunden: Arbeiter in chemischen Be-trieben, die mit Teer, Paraffin und andern hautreizenden Stoffen ständig in Berüh-rung kommen, und Angehörige der so-genannten Alkoholberufe. Brauer, Kutscher und Dacharbeiter sterben am Krebs fast anderthalbmal so häufig wie andere, Wirte und Kellner sogar beinahe doppelt so oft. Da in diesen Berufen der Krebs insbe-sondere die Zunge, die Speiseröhre und den Magen befällt, geht offenbar vom Alkohol direkt ein ständiger Einfluß auf die Organe aus, die er bei der Aufnahme in den Körper passiert.

Ein neuer Ibanex: Die Bodega

Der Spanier Vicente Blasco Ibanex, dessen wichtigste Romane von der Büchergilde Gutenberg herausgebracht werden, hat in jedem seiner Bücher eine andere Gegend seines Landes und eine andere soziale Schicht dargestellt. Auf diese Weise gelang es ihm, einen Querschnitt durch alle Klassen Spaniens zu geben. Ibanex war ein glühender Republikaner, und er hatte gehofft, die Ausrufung der Republik noch zu erleben. Der Sturz der Monarchie, den er vorbereiten half, ereignete sich kurze Zeit nach seinem Tode. Dieser mutige Schriftsteller, der schon zu seinen Lebzeiten in Spanien und in vielen andern Ländern eine starke Resonanz gefunden hatte, bei uns aber erst nach dem Kriege bekannt wurde, hat einen großen Teil seiner Romane im Gefängnis geschrieben. Er mußte seine Propaganda für die Re-publik wiederholt mit Gefängnisstrafen und Ausweisung büßen.

Der neu erschienene Roman „Die Bode-ga“, in Leinen gebunden 2,70 M für die Mitglieder der Büchergilde Guten-berg, atmet einen unversöhnlichen Haß gegen die mächtigen Landbesitzer und die Herren der Weinberge und die ihnen heilförmliche katholische Kirche. In weit aus-holender Darstellung erfaßt Ibanex die Provinz und die Stadt Jerez, einer Zentra-le des spanischen Südweineports, das Leben der in entsetzlicher Not zusammen-gepferchten Saisonarbeiter auf den Wein-bergen und in den Landgütern und die nach Mehrwert und politischer Geltung hungrigen Unternehmer und Grundbesitzer. Diese Darstellungen, in denen Ibanex wieder einmal beweist, daß er ein realistischer Erzähler von hohen Graden ist, sind gruppiert um das Schick-sal einiger Menschen, die typisch sind für die sozialen Schichten, denen der Autor in diesem Buch einen Platz gegeben hat.

Andalusien mit seinen von ihrem Blut und ihren Traditionen hingerissenen Zi-geunern und verlotterten Adligen, seinen verzweifelt um Land und Brot kämpfen-den Tagelöhnern, seinen tollkühnen Schmugglern und seinen Rebellen, steht bei der Lektüre dieses Buches packend vor uns auf. Die Erbitterung und die Not treiben die Proletarier der Provinz zum Aufstand, aber die schlecht vorbe-reitete Aktion bricht zusammen. Wieder sinken die Entmutigten in ihren apathi-schen Zustand zurück, und ihr Trost ist der Wein, der sie ihre Lage vergessen macht. Nur wenige halten den Kopf hoch und warten auf die soziale Be-freiung, die sie besonders von den großen Städten und den Industriearbeitern erhoffen.

Die Neuerscheinung gewinnt besonders dadurch an Wert, daß die junge spanische Republik gerade jetzt vor die dringende Aufgabe gestellt ist, die alte Forderung der Proletarier nach Land und Freiheit zu erfüllen. Der Grund und Boden in Spanien ist in den Händen weniger Pri-villegiierter, die kein Interesse daran haben, aus dem Land so viel herauszu-wirtschaften, daß es zu einem allgemeinen Wohlstand reicht. Der fruchtbare Boden verkommt, weil es an Berieselungs-anlagen fehlt, und weil die Grundbesitzer, eher der Kirche reiche Stiftungen machen, als ihren Arbeitern durch bessere Ent-lohnung und Verpflegung Anlaß zu geben, sich der Bearbeitung des Bodens zu wid-men. Der Schrei nach sozialer Gerech-tigkeit, der durch den ganzen Roman „Die Bodega“ erklingt, wird nicht eher verstummen, als bis die spanische Repu-blik ihn erfüllt und damit ihre Existenz gesichert hat. Schon einmal ist Spanien für kurze Zeit Republik gewesen. Aber diese Republik war es nicht wert, von den Proletariern verteidigt zu werden, und sie wurde von den wieder-kehrenden Monarchisten über den Haufen gerannt. Die jetzige spanische Republik wird hoffentlich aus der Geschichte lernen.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet sich dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften.

Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft.

Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur gute, vollgewichtige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitnehmern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die fürchterliche Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die privatwirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzschmälerung durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muß auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände, die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen und Bekleidung in den Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

Jeder Gewerkschafter sollte Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein.

Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist mit Kosten nicht verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

Berlin, den 16. August 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Allgemeiner freier Angestelltenbund
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund

Leiparts Ruf: Schafft Arbeit!

Der Vorsitzende des ADGB., Kollege Leipart, veröffentlicht im „Berliner Tageblatt“ einen beachtenswerten Artikel über die Arbeitsbeschaffung. Nachdem Leipart die Dringlichkeit der Beschaffung von zusätzlicher Arbeit nachgewiesen hat, schreibt er:

„Es müssen solche zusätzlichen Arbeiten in Gang gebracht werden, die wirtschaftlich nützlich sind und von deren Kostenaufwand ein möglichst großer Teil auf die Löhne entfällt — Straßenerhaltung und Straßenbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Bei der Durchführung der Arbeiten müssen die beschäftigten Arbeitskräfte den üblichen Tariflohn erhalten; die Arbeitszeit darf höchstens 40 Stunden in der Woche betragen. Für die Deckung der Kosten sind in erster Linie die durch die Wiederbeschäftigung von Arbeitslosen ersparten Unterstützungen sowie die von ihnen aufzubringenden Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu verwenden. Darüber hinaus müssen sämtliche noch auftreibbaren Mittel herangezogen werden.“

Die Vorschläge der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung sind hier klar herausgearbeitet. In den weiteren Ausführungen behandelt Leipart die Finanzierungsfragen. Im Mittelpunkt steht die Kombinerung der Arbeitsbeschaffungsanleihe mit einer Kreditaktion der Banken. Die Gewerkschaften seien, so führt Leipart weiter aus, keine Befürworter neuer finanzpolitischer Abenteuer und wünschen die Aufrechterhaltung der Währung. Leipart schließt seine Forderungen und Mahnungen folgendermaßen: „Die Geduld und die Spannkraft des Volkes sind so gut wie ausgeschöpft. Es kann kein gefährlicheres Abenteuer geben, als die Entwicklung ihrem natürlichen Laufe weiter zu überlassen. In zwölfster Stunde können wir uns nicht mehr den Luxus der Politik des Wartens leisten.“

Verbandsnachrichten

Zahlstellenberichte

Groß-Zimmern. Am 7. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende verlas die geschäftlichen Mitteilungen; danach gab der Kassierer die Abrechnung des 2. Quartals bekannt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem

Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorsitzende streifte die Verhältnisse der Zahlstelle und teilte mit, daß 98 % unserer Kameraden arbeitslos sind. Darauf überreichte der Vorsitzende im Namen des Zentralvorstandes und der Zahlstelle den Kameraden Roth und Seibert Diplome für 25jährige Mitgliedschaft. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde einstimmig beschlossen, die Berichte im „Zimmerer“ wieder zu veröffentlichen.

Regensburg. Am 7. August tagte unsere Monatsversammlung im Volkshaus. Kamerad Riederer erstattete den Kassenbericht. Der Bericht ließ erkennen, daß der Markenumsatz (Vollbeiträge) wesentlich geringer ist als in den Vorjahren. In der Berichtszeit waren 80—85 Prozent der Kameraden arbeitslos. Gauleiter, Kamerad Promm, erteilte dem Kassierer Entlastung, da er sich von der Richtigkeit der Abrechnung persönlich überzeugt hatte. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde angeregt, eine Kommission zu bilden, die die lauen und säumigen Kameraden besucht, um dieselben persönlich über Ziel, Zweck und Wichtigkeit des Verbandes zu unterrichten. Dieser Maßnahme wurde zugestimmt und fand bei den anwesenden Kameraden starken Beifall. Im weiteren Verlauf der Versammlung mußte die Wahl eines Schriftführers vorgenommen werden, dieselbe fiel auf den Kameraden Bernhard Grinnbek, da sein Vorgänger sich einem andern Beruf zuwendete, der aber Mitglied der Organisation bleibt. Nach Erledigung der Zahlstellenangelegenheiten nahm Gauleiter, Kamerad Promm, die Ehrung unserer fünf Jubilare für ihre 25jährige Verbandszugehörigkeit vor. Der Redner schilderte das Werden und Aufsteigen des Verbandes bis heute und wünschte, daß die Jubilare noch viele Jahre ihre Kraft dem Verbandszweck zur Verfügung stellen werden und können. Der Gauleiter überreichte dann den Kameraden Sauerer, Scheck, Pflug, Urlbauer und Rapp die Ehrenurkunde des Verbandes, und forderte die anwesenden Kameraden auf, ein Hoch auf die Jubilare darzubringen mit dem Wunsche einer ferneren treuen Mitgliedschaft und Gesundheit. Ebenso richteten der Vorsitzende und der Kassierer herzliche Worte an die Jubilare. Die Versammlung wurde mit dem Freiheitsgruß geschlossen.

Ulm. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 12. August für unser Zahlstellengebiet statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende eines verstorbenen Kameraden; die Ehrung erfolgte in der üblichen Weise. Im ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kamerad Groß einen interessanten Vortrag über das Thema: Der Ausgang der Reichstagswahlen und die

Gewerkschaften. Der Redner behandelte das Ergebnis des 31. Juli und betonte mit allem Nachdruck, daß es der Arbeiterschaft ein leichtes wäre, dem Faschismus die verdiente Niederlage beizubringen, wenn nicht die Kommunisten sich bei allen Abstimmungen und Auseinandersetzungen auf die Seite der Reaktion stellen würden. Weiter warnte der Redner vor der Ausrufung des Generalstreiks, da auch hierbei wieder die Zersplitterung hemmend auf die Bewegung wirken würde. Die Einheitsfront gegen den Faschismus kann nur auf der Basis der Eisernen Front am wirksamsten gefördert werden. Am Schluß forderte Kamerad Groß, daß alle Kameraden werben und wirken müssen für den Verband und damit für die Einheit der Arbeiterbewegung. Nach einer sachlichen Aussprache und Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung mit unserem Freiheitsgruß geschlossen.

Baugewerbliches

Berufliche Fortbildung der Berliner Zimmerer

Strebsame Zimmerer haben Gelegenheit, in der Bauschule in Berlin, Neanderstraße 3, einer Abteilung der Technischen Privatschule von Regierungsbaumeister Dr. Werner, zum Zimmerpolier sowie zum Zimmermeister, Schachtmeister, Bautechniker, Architekten, nach leicht faßlicher Methode, herangebildet zu werden. Unterricht in allen Arten von Dachkonstruktionen, Fachwerkbau, Treppenbau, Austragung von Krümmungen, Schiftungen, statischen Berechnungen, Veranschlagen, Bauführung, Entwerfen von städtischen und ländlichen Bauwerken unter Benutzung der Baupolizeiordnung, auch Tiefbau, Eisenbeton, Untergrundbahnbau, Eisenbahnbau usw. Die Schule besteht aus einer Tagesschule und einer Abendschule. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Ausgaben für gedruckte Lehrbücher sind nicht zu rechnen. Man verlange Prospekte, die kostenlos durch das Sekretariat Berlin, Neanderstraße 3, zugesandt werden.

Sinkender Pfandbriefumsatz

Der für die Finanzierung der Bautätigkeit so bedeutsame Umsatz an Pfandbriefen ist weiter rückläufig. Der Pfandbriefumlauf im Inland ist um 100 Millionen niedriger als am Jahresbeginn. Einen solchen Rückgang (auf 6,78 Milliarden Mark) haben die Hypothekendarlehen bisher noch nicht zu verzeichnen gehabt. Es hat auch früher schon Zeiten geringerer Zunahme und der Stockung gegeben. Aber Rückschläge dieser Art sind noch nicht vorgekommen. Sicher ist ein erheblicher Teil des Rückflusses dadurch bedingt, daß Hypothekenschuldner von dem Recht der billigen Schuldrückzahlung durch Pfandbriefeinlieferung Gebrauch machen. Es wird noch lange dauern, bis der Pfandbriefmarkt wieder in ein normales Fahrwasser kommt. Dringend notwendig ist es, daß das Reich dem Baugewerbe durch Bereitstellung größerer Mittel unter die Arme greift.

Gewerkschaftliches

Gegen eine Besteuerung der Margarine

Die Vorstände des ADGB. und des AfA-Bundes haben am 10. August an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Schreiben gerichtet, in dem sie auf die sozial und wirtschaftlich gleich bedenklichen Folgen der geplanten Margarinesteuer hinweisen. Das Schreiben lautet:

Unter den Maßnahmen, die zur weiteren Stützung der deutschen Landwirtschaft erwogen werden, erscheint uns die Absicht einer Besteuerung der Margarine besonders bedenklich.

Da die Margarine nur wegen ihrer Billigkeit und daher zwangsweise gerade von den unbemittelten Volkskreisen gekauft wird, würde eine Margarinesteuer eine Sonderbesteuerung für diejenigen darstellen, die bereits aus bitterer Armut

zu Ersatzstoffen greifen müssen. In einer Zeit aber, in der weniger als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten noch volle Beschäftigung findet, in der die Einkommen ständig sinken, müßte eine derart unsoziale Maßnahme eine gefährliche Verzweigungs- und Empörungstimmung hervorrufen.

Auf der andern Seite würde diese Sondersteuer der Landwirtschaft keine Hilfe bringen. Denn die Kaufkraft der Bevölkerung ist keineswegs ausreichend, um von der Margarine, auch wenn sie verteuert wird, zu der immer noch viel teureren Butter übergehen zu können. Im Gegenteil: der Zwang, höhere Einkommensbeträge in Margarine anzulegen, würde nur zur Folge haben, daß die Ausgaben für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse — Obst, Gemüse, Butter und Fleisch an Festtagen usw. — zum Schaden der Landwirtschaft noch weiter zurückgehen müßten.

Die Einführung einer Margarinesteuer würde nur unsere Vermutung bestätigen, daß die Erhöhung der Butterzölle, die für die Exportindustrie bereits außerordentlich schädliche Auswirkungen zeitigt, der Landwirtschaft nichts genützt hat. Die Margarinesteuer würde einen weiteren kräftigen Industriezweig bedrohen, ohne der Landwirtschaft Entlastung zu bringen.

Die Gewerkschaften haben häufig genug betont, daß sie für die Notstände in der Landwirtschaft Verständnis haben und geeignete Hilfsmaßnahmen begrüßen. Aber diese Maßnahmen dürfen nicht die Interessen anderer Bevölkerungsschichten, insbesondere der unbemittelten Volkskreise, gröblich verletzen.

Eine Abschrift dieses Briefes lassen wir dem Herrn Reichskanzler und den andern Herren Ministern zugehen.

Allgemeiner

Deutscher Gewerkschaftsbund:
gez.: Leipart.

Allgemeiner freier Angestelltenbund:
gez.: Aufhäuser.

Genossenschaftsbewegung

Ueber die Bedeutung des Genossenschaftswesens

bringt die Nummer 33 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ einige interessante Angaben. Danach sind in Großbritannien rund 45 %, in Dänemark, Finnland und Ungarn 40 %, in Schweden und in der Schweiz 35 %, in Deutschland 30 %, in Belgien und Bulgarien 25 %, in Italien 22 % und in Frankreich 20 % der Bevölkerung irgendwie genossenschaftlich organisiert. Die Konsumgenossenschaften Schwedens vertreiben 25 % der in ihrem Lande zum Verkauf kommenden Flachbrote. In Großbritannien gehen rund 15 % des gesamten Getreidehandels durch die Großeinkaufsgesellschaften der Konsumgenossenschaften. In Ungarn liefern die genossenschaftlichen Zentralverbände 25 % des gesamten Salzbedarfs. In Bulgarien vertreibt die Genossenschaftszentrale ein Viertel des gesamten Bedarfs des Landes an Zucker. Die dänische Großeinkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften stellt rund 25 % der in Dänemark verbrauchten Kochschokolade und 40 % des Kakaopulvers her. In Ungarn liefert der Zentralverband der Konsumgenossenschaften 20 % des gesamten Bedarfs an Essig und Petroleum. In Italien liefern die Meiereigenossenschaften ungefähr ein Viertel des gesamten Butter- und Käsebedarfs. In Dänemark gehen rund 90 % der Butterproduktion und etwa 50 % der Fleischproduktion durch die Hände der Genossenschaften. In Finnland werden 92 % der gesamten Butter- und 70 % der gesamten Käsemenge genossenschaftlich produziert. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Lettland und Estland. Auch in den Niederlanden und in der Schweiz haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften einen Anteil von rund 50 % an der Gewinnung von Milcherzeugnissen. Diese kurze, noch sehr lückenhafte Zusammenstellung zeigt, eine wie große Bedeutung die genossenschaftliche Selbsthilfe in allen Ländern der Welt gewonnen hat, und ist zugleich ein Beweis dafür,

daß das Genossenschaftswesen überall zum Segen der Bevölkerung wirkt. Obwohl auch in Deutschland rund 30 % der Gesamtbevölkerung genossenschaftlich organisiert sind, ist die Anerkennung des Genossenschaftswesens, insbesondere der Konsumgenossenschaften, leider nicht so allgemein, wie es im Interesse des Volkes wünschenswert wäre und wie es der genossenschaftlichen Veranlagung des Deutschen entsprechen würde.

Sozialpolitisches

Richtigstellung

Im „Zimmerer“ Nr. 33 veröffentlichten wir einen Artikel „Die Arbeitszeitverkürzung als internationales Problem“. Gleich im ersten Satz des Artikels ist ein sinnstörernder Druckfehler unterlaufen. Es heißt dort: „Auf der in der Zeit vom 5. bis 8. Juli in London abgehaltenen Tagung der Internationalen Vereinigung für sozialistischen Fortschritt...“ Richtig muß es heißen: Internationale Vereinigung für sozialen Fortschritt. Der Druckfehler hat uns also diesmal wieder einen bösen Streich gespielt.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich

Frankreich ist eines jener Länder, die zuletzt in den Kreis der Krisenländer eingetreten sind. Die offizielle Arbeitslosenstatistik in Frankreich verzeichnet 263 000 Vollarbeitslose und 750 000 Teilarbeitslose oder Kurzarbeiter. Vor zwei Jahren wurden von der gleichen Stelle 10 000 Arbeitslose gezählt. Mit diesen Ziffern ist die Arbeitslosigkeit Frankreichs keineswegs erfaßt. Da die Arbeitslosenunterstützung nicht als Pflichtversicherung eingeführt ist, bleibt ein großer Teil der Arbeitslosen, ja vielleicht die Mehrzahl derselben außer Betracht. Nach der genannten Statistik hat Paris gegenwärtig 90 000 Arbeitslose. Auch in Paris ist die Arbeitslosigkeit wesentlich höher. Kenner der Verhältnisse schätzen die Zahl der Vollarbeitslosen in Frankreich auf rund zwei Millionen. Immerhin dürften diese Angaben beweisen, daß auch das halbindustrialisierte Frankreich mit den Sorgen der Krise belastet ist.

Wirtschaftspolitisches

Industrieproteste gegen Agrarzölle

Es mehren sich die Proteste der einzelnen Industriegruppen gegen die Zollpolitik der deutschen Regierung. Nachgerade gelingt es dieser einseitig zusammengesetzten Regierung, alle günstigen Verbindungen Deutschlands mit andern Ländern zu zerschlagen. Daß dies auf die Dauer von der Industrie nicht un widersprochen hingenommen werden kann, ist erklärlich. Neuerdings hat auch der Ruhrkohlenbergbau eine Eingabe an die Regierung gerichtet, wo der Rückgang der Kohlenausfuhr auf die handelspolitischen Maßnahmen zurückgeführt wird. Die deutsche Kohlenausfuhr im ersten Vierteljahr 1932 blieb um 40 % hinter dem Vierteljahresdurchschnitt von 1929 zurück, die englische dagegen um 30 %, die polnische um 28 % und die holländische um 14 %. Der stärkere Rückgang der deutschen Kohlenausfuhr gegenüber den andern Ländern wird auf zollpolitische Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarprodukte zurückgeführt. Es ist deshalb erklärlich, daß sich die Industrie gegen eine derartige Schädigung ihrer Exportinteressen zur Wehr setzt.

Die feste Tendenz der Weltrohstoffmärkte

Die Preisbefestigung der internationalen Rohstoffmärkte hält an. Namentlich von den Vereinigten Staaten aus erhält diese Bewegung eine starke Stütze. Mitte August 1932 notierten fest: Metalle, Häute, Baumwolle, Jute, Seide, Getreide, Kaffee, Zucker und Kautschuk. Als stetig konnten die Notierungen bezeichnet werden bei Wolle, Oelen und Oelsaaten. Als behauptet galten Eisen, Schrott, Flachs, Kakao. Schwach lagen Kohle und Butter. So ist die Lage im ganzen ge-

sehen. Eine Hausse zeigte sich besonders am Kupfer- und Baumwollmarkt. Aus diesen Vorgängen an internationalen Rohstoffmärkten werden mancherlei Schlüsse gezogen. Man sieht in ihnen den Anfang des seit langem erwarteten vollständigen Umschwungs. Trifft diese Hoffnung zu, dann könnte auch für die Weltwirtschaftskrise ein entscheidendes Stadium angebracht sein. Wünschen wir, daß alle guten Hoffnungen in Erfüllung gehen.

Heilgehilfen am Krankenbett der Wirtschaft

Es ist erstaunlich, wie groß die Zahl der Menschen ist, die sich bemüht, Pläne auszuhecken, damit der Wirtschaft geholfen werden kann. Die Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“ schätzte kürzlich die Zahl der Projekte, die zur Bekämpfung der Krise durch eine Aenderung der Währungspolitik gemacht wurden, auf 20 000. Daß sich darunter geradezu verrückte Vorschläge befinden, versteht sich von selbst. Der allergrößte Teil dieser Projekte stammt von Leuten, die weder von der Wirtschaft noch von ihren Begleiterscheinungen etwas verstehen. Auch die Projektmacherei ist ein Zeichen der Zeit. Laufen die Räder der Wirtschaft wieder und hat jeder sein Auskommen, dann denkt niemand mehr daran, Projekte zu machen.

Ein Frevel an der Volksgesundheit

Zur Gesunderhaltung des menschlichen Körpers müssen ihm täglich in unserer Zone 3000 Wärmeeinheiten zugeführt werden, dem Schwerarbeiter mehr, dem Geistesarbeiter weniger. Bei dem geringen Einkommen breiter Bevölkerungsschichten spielen deshalb billige und hochwertige Nahrungsmittel eine große Rolle. Die Margarine und das Schmalz sind die billigsten Fettquellen. Namentlich die Margarine ist ein Nahrungsmittel, das gesundheitlich einwandfrei beschaffen ist und hergestellt wird, vollwertiges Fett enthält und beinahe für die gleichen Zwecke wie Butter zu verwenden ist. Nun sind einflußreiche Kreise in Deutschland dabei, dieses wichtige Volksnahrungsmittel durch eine Steuer empfindlich zu verteuern. Was dies bedeutet ist klar, wenn wir erkennen, wieviel 1000 Wärmeeinheiten oder Kalorien in den verschiedenen fetthaltigen Nahrungsmitteln kosten (nach der Zeitschrift „Gesundheit“ Nr. 8):

1000 Kalorien kosten	
in Butter	40 ⚡
in Margarine	11 ⚡
in Palmöl	14 ⚡
in Schmalz	17 ⚡

Die aus Margarine, Palmöl und Schmalz gewonnenen Wärmeeinheiten kosten nur einen Teil derselben, die in der Butter enthalten sind. Die Gesundheit des Volkes ist zum großen Teil auf diese billigen Nahrungsmittel aufgebaut. Trotzdem, oder gerade deshalb ist eine volksfeindliche Regierung dabei, diese billigen Nahrungsmittel durch Steuern zu verteuern. Das Volk erhält die Quittung für seine politische Entscheidung bei der Wahlen.

Arbeiterversicherung

Die Abfindung der Unfallrentner

Die Reichsversicherungsordnung sieht schon seit ihrem Bestehen Bestimmungen vor, nach welchen Rentenempfänger „abgefunden“ werden können. Sie erhalten dann die Rente nicht mehr weiter gezahlt, sondern dafür eine einmalige bare Entschädigung als Abfindung. Im Gesetz selbst sind neben andern vor allen Dingen zwei Möglichkeiten vorgesehen, bei deren Vorliegen eine Abfindung möglich ist. Diese sind im § 616 der RVO. verankert. Die eine Möglichkeit lautet: „Sind seit dem Unfall zwei Jahre vergangen und beträgt die Rente nicht mehr als ein Zehntel der Vollrente, so kann ihn die Genossenschaft durch Gewährung des dreifachen Betrages seiner Jahresrente abfinden. Dies gilt jedoch nicht, solange der Berechtigte noch Anspruch auf eine andere Verletztenrente aus der Unfallversicherung hat.“ Die Fassung dieser

Vorschrift ist wohl so klar und verständlich, daß auf ihre Auslegung und Anwendung nicht weiter eingegangen zu werden braucht. Erwähnt sei, daß es sich hier um Renten bis einschließlich 10 % der Vollrente handelt. (Diese Vorschrift ist neuerdings durch eine der Notverordnungen teilweise überflüssig geworden. Diese Notverordnung sieht nämlich vor, daß Renten überhaupt nicht mehr gewährt werden, wenn die Erwerbsfähigkeit des Verletzten infolge des Unfalles um weniger als ein Fünftel (20 %) gemindert ist. Auf diese Notverordnung und die Neuerungen derselben ist am Schluß noch näher eingegangen.) Die zweite Möglichkeit der Rentenabfindung ist ebenfalls in § 616 geregelt. Es heißt hier weiter: „Beträgt im übrigen die Rente eines Verletzten nicht mehr als ein Viertel der Vollrente, so kann ihn die Genossenschaft mit seiner Zustimmung durch Gewährung eines dem Werte seiner Jahresrente entsprechenden Kapitals abfinden.“ Die Abfindung ist in diesem Falle nur mit der ausdrücklichen Zustimmung des Verletzten möglich. In den Kreisen der Versicherten herrscht vielfach die Meinung vor, daß sie durch die Abfindung aller Ansprüche an die Versicherung verlustig gehen. Diese Meinung ist jedoch irrig. Die Abfindung betrifft in jedem Falle nur die Barleistungen (Rente) der Versicherung. Auf die Sachleistungen wie Krankenbehandlung, Berufsfürsorge usw. hat der Versicherte auch nach der Abfindung jederzeit Anspruch, und zwar ohne jede Einschränkung. Wichtig ist weiter, daß auch der Anspruch auf Rente nicht vollkommen erlidigt ist. Unter Umständen kann der Verletzte auch wieder in den Genuß von Rente kommen. Die Rente wird dann wieder gewährt, wenn nachträglich die Folgen des Unfalles eine Verschlimmerung erfahren haben. Es muß sich hierbei um eine „wesentliche“ Verschlimmerung handeln. Als wesentlich gilt eine Verschlimmerung jedoch nur dann, wenn durch sie die Erwerbsfähigkeit des Verletzten für länger als einen Monat um mehr als 10 % weiter gemindert wird. Die neue Rente wird dann um den Betrag gekürzt, der bei der Berechnung der Abfindung zugrunde gelegt war. In einer Entscheidung des Reichsversicherungsamtes heißt es hierzu: „Es ist nicht der Hundertsatz der neuen Rente um den Hundertsatz der abgefundenen Rente, sondern der Geldbetrag der neu festgestellten Rente um den Geldbetrag der abgefundenen Rente zu kürzen.“ Die Reichsversicherungsordnung sieht noch eine weitere Möglichkeit der Abfindung vor. Diese kommt jedoch in der Praxis sehr selten vor. Gibt ein Rentenempfänger seinen Aufenthalt im Inland auf oder hält er sich gewöhnlich im Ausland auf, so kann ihn die Genossenschaft mit einem dem Werte der ihm zustehenden Leistungen entsprechenden Kapital abfinden. Hier spielt die Höhe der Rente keine Rolle. Die Berechnung des Kapitalwertes bei den Rentenabfindungen hat der Reichsarbeitsminister in einer besonderen Verordnung vom 14. Juni 1926 geregelt. Diese Verordnung enthält Berechnungstabellen über die Höhe der zu zahlenden Abfindungssummen. Auf diese ziemlich umfangreiche Verordnung mit ihrem großen Zahlenmaterial kann leider nicht näher eingegangen werden.

Oeffter findet in der Praxis eine Abfindung zum Zwecke des Grundbesitzes Anwendung. § 618a der RVO. bestimmt hierüber: „Der Reichsarbeitsminister kann mit Zustimmung des Reichsrates eine Kapitalabfindung zum Erwerb von Grundbesitz oder zur wirtschaftlichen Stärkung bereits vorhandenen eigenen Grundbesitzes zulassen und das Nähere regeln.“ Von dieser Ermächtigung ist Gebrauch gemacht worden. Die näheren Bestimmungen hierüber enthält eine Verordnung vom 10. Februar 1928. Diese Verordnung sieht in ziemlich weitgehendem Maße die Möglichkeit einer derartigen Abfindung vor. Gerade jetzt im Zeitalter des Siedeins ist diese Verordnung von nicht geringer Bedeutung. Rentenempfänger, die Grundbesitz erwerben wollen, sei es zum Zwecke des Siedlerbaues oder aus andern Gründen, können nach den näheren Vorschriften

der Verordnung eine Abfindung erhalten. Leider können die Berufsgenossenschaften infolge ihrer ungünstigen finanziellen Lage nicht mehr in dem bislang üblichen Maße derartige Abfindungen durchführen.

Es sind dies die Bestimmungen, die schon seit längerer Zeit in der Reichsversicherungsordnung verankert sind. Die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 hat nun hierzu noch neue Vorschriften gebracht. So heißt es: „Ist nach allgemeinen Erfahrungen unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des einzelnen Falles die Erwartung gerechtfertigt, daß nur eine vorläufige Rente zu gewähren ist, so kann die Genossenschaft den Verletzten nach Abschluß des Heilverfahrens durch eine Gesamtvergütung in Höhe des voraussichtlichen Rentenaufwandes abfinden.“ Es handelt sich hier um eine sogenannte Kannbestimmung. Es ist in das Ermessen des Versicherungsträgers gestellt, von ihr Gebrauch zu machen. Die Abfindung kann erfolgen „nach Abschluß des Heilverfahrens“, also dann, wenn der Verletzte ärztlicher Behandlung usw. nicht mehr bedarf. Der Verletzte braucht der Abfindung nicht zuzustimmen, wenn seine Erwerbsfähigkeit noch um wenigstens ein Fünftel beschränkt ist. Wie sich die Bestimmung in der Praxis gestaltet, kann noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, da sie ja neueren Datums ist. Für die Berechnung der Abfindungssumme gilt auch hier die Verordnung vom Juni 1926 entsprechend. Weiter finden die übrigen Bestimmungen des Gesetzes Anwendung, nach denen beispielsweise die Ansprüche des Verletzten an die Genossenschaft durch die Abfindung nicht vollkommen erloschen sind. Kl-s.

Die Beitragsverluste der Krankenkassen

Mit der Wirtschaftskrise haben sich auch die Beitragsverluste der Krankenkassen erhöht. Die Beitragserhebung hat infolge der ungünstigen Geschäftslage zu einer außerordentlichen Mehrarbeit der Krankenkassen durch Erteilung von Stundungen, Mahnungen und Anträge auf Zwangsvollstreckung geführt. Welche Verluste trotz alledem in Rechnung gestellt werden mußten, ersieht man aus dem Geschäftsbericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hamburg über das Jahr 1931. Hier erfolgte die Feststellung der Unpfändbarkeit in 12 040 Fällen über Beiträge in Höhe von 1 100 045 M. Die Zahl der Termine zur Leistung des Offenbarungseides erreichte die Höhe von 4439. Wegen Hinterziehung von Beiträgen wurden im Berichtsjahr 410 Unternehmer zu Geld- und Freiheitsstrafen verurteilt.

Arbeitsrechtliches

Was man dem Arbeiter, aber nicht dem Arbeitgeber zumuten kann

In § 9 Ziffer 4 des Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ist deutlich zum Ausdruck gebracht, daß an jeder Bau- und Arbeitsstelle der Arbeitgeber für die Belegschaft einen verschließbaren Raum zur Verfügung zu stellen hat. Wann ist nun eine Bau- und Arbeitsstelle vorhanden? In allen Fällen da, wo Bauarbeiten oder Erdbewegungsarbeiten ausgeführt werden. Wird noch dazu die Arbeit von einem Bauunternehmer ausgeführt, so sind die Voraussetzungen zur Anwendung der Bestimmungen des Reichstarifvertrages ohne weiteres gegeben. Nun taucht die Frage auf, wieviel Arbeiter müssen auf der Bau- und Arbeitsstelle beschäftigt sein, um den Arbeitgeber zwingen zu können, einen verschließbaren Raum zur Verfügung zu stellen. Die Vertragsparteien des Reichstarifvertrages waren bei Abfassung dieser Bestimmung übereinstimmend der Auffassung, daß auf den Bau- und Arbeitsstellen, wo keine Baubude wegen Geringfügigkeit der Arbeit errichtet zu werden braucht, zum mindesten eine Werkzeugkiste vom Arbeitgeber zu stellen ist. Diese Verpflichtung tritt nicht erst bei einer bestimmten Anzahl von Beschäftigten ein, sondern schon bei Inangriffnahme der Arbeiten. Arbeiter und Handwerker auf Bau- und Arbeitsstellen können nicht nur

mit einem Notizblock ausgerüstet ihre Beschäftigung ausüben, sondern sie brauchen Werkzeug dazu; das muß auch jedem dem Baubetrieb Fernstehenden klar sein. Das Arbeitsgericht in Ratibor vertrat aber in dieser Frage eine direkt weltfremde Auffassung. Von den Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches gebildet, hatte es die Gepflogenheiten auf den Baustellen völlig übersehen. Das Kuriosum dieser richterlichen Glanzleistung ist folgendes:

Arbeiter einer Baustelle hatten keinen verschließbaren Raum und waren deshalb gezwungen, ihr Werkzeug entweder alle Tage mit nach Hause zu nehmen oder es an der Arbeitsstelle vor Zugriffen Fremder so viel wie möglich zu verwahren. Ohne verschließbaren Raum ist letzteres ein großes Risiko. Einiges Werkzeug ist dadurch auch abhandengekommen. Das gegen den Unternehmer eingeleitete Verfahren auf Schadenersatz war erfolglos. Warum, das versucht das Gericht in den Entscheidungsgründen zu dem Streitfall darzulegen. Es führt unter anderem darin folgendes aus:

„Die Bestimmung des § 9 Ziffer 4 des Reichstafelvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten, wonach der Arbeitgeber an jeder Bau- und Arbeitsstelle für die Belegschaft einen verschließbaren Raum zur Verfügung zu halten hat, ist nicht streng wörtlich zu nehmen, vielmehr gemäß § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches so auszulegen, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern.“

Bei einer größeren Zahl von Arbeitern kann man dem Arbeitgeber ohne weiteres zumuten, einen Werkzeugkasten zur Arbeitsstelle zu schaffen, während man dem Arbeiter nicht zumuten kann, die Arbeitsgeräte an jedem Abend mit nach Hause zu nehmen und sie am nächsten Tage früh wieder zur Arbeitsstelle zu schaffen, wenn diese von der Wohnung des Arbeiters sehr weit entfernt liegt. Wenn jedoch nur drei Arbeiter eine Woche lang beschäftigt werden, so kann man vom Arbeitgeber die Aufstellung eines Werkzeugkastens nicht verlangen, da die Kosten für den Transport des Werkzeugkastens von und zur Arbeitsstelle in keinem Verhältnis zur Arbeit stehen würden. Da in dem vorliegenden Fall die Arbeitsstelle nur ungefähr zwei Kilometer von der Wohnung der dort beschäftigten Arbeiter entfernt lag, ist den Arbeitern ohne weiteres zumuten gewesen, ihr Werkzeug täglich mit nach Hause zu nehmen.“

Das Arbeitsgericht war mit diesen seinen Gründen zur Ablehnung der Schadensersatzklage noch nicht zufrieden, sondern vertiefte sich noch einmal in das Bürgerliche Gesetzbuch in die Bestimmungen über konkurrierendes Verschulden. Es muß dem Gericht bei der Urteilsberatung selbst schwergefallen sein, die berechtigte Forderung der geschädigten Arbeiter glatt abzulehnen. Aus diesem Grunde ist es in seinen Entscheidungsgründen auch noch auf die Frage des Mitverschuldens durch den Arbeiter eingegangen, was es in nachstehendem zum Ausdruck brachte:

„Selbst wenn der Beklagte schuldhaft die Aufstellung eines Werkzeugkastens unterlassen hätte, war er doch nach § 254 des Bürgerlichen Gesetzbuches zum Ersatz des Schadens nicht verpflichtet, da die geschädigten Kläger dadurch, daß sie die Werkzeuge an der Arbeitsstelle liegen ließen, fahrlässig gehandelt haben, so daß bei der Entstehung des Schadens also ein Verschulden der Geschädigten mitgewirkt hat und der Schaden vorwiegend von den Klägern verursacht worden ist.“

Ein weiterer Kommentar zu dieser von einem deutschen Arbeitsgericht ge-

fällten Entscheidung ist überflüssig. Wir überlassen es unsern Lesern als Praktikern, sich selbst ein Urteil über diesen Richterspruch zu bilden.

Politische Wochenschau

Die Reichsregierung arbeitet — Der Reichstag einberufen — Die Macht des Herrn Schleicher — Die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion — Was sich die Nazi-Länderregierungen erlauben — Die Urteile der Sondergerichte — Was der Osaf fordert

Die Regierung der Barone ist, wie sie nach amtlichen Mitteilungen verlauten läßt, fieberhaft beschäftigt, um dem Reichstag Vorlagen über Einsparungen bei den Reichsressorts und über Arbeitsbeschaffung zu unterbreiten. Die Einsparungen an Personal- und Sachausgaben sollen insgesamt 110 Millionen Mark betragen. Zur Finanzierung des von der Regierung entworfenen Arbeitsbeschaffungsprogramms wird ein Betrag von 200 bis 250 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Die Regierung ist auch sehr stark bemüht, die Stützungskredite, die von der Preußenkasse an einige Konsumgenossenschaften gewährt wurden zu überprüfen. Damit kommen sie der Forderung der Gegner von Konsumgenossenschaften in hinreichendem Maße nach. Alle diese Maßnahmen, die von der Reichsregierung geplant sind, sind auf reaktionärer Grundlage aufgebaut und tragen nicht im entferntesten dazu bei, die Notlage der arbeitenden Bevölkerung zu lindern. Im Gegenteil, der Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat kommt ausschließlich der Schwerindustrie und den Großagrariern zugute.

Reichstagspräsident Löbe hat nach Abschluß der Unterredungen mit den zuständigen Stellen über die Einberufung des neuen Reichstags hierfür den 30. August, nachmittags 3 Uhr, bestimmt. Wie der Verlauf und die Tagesordnung für die erste Sitzungsperiode des Reichstags sich gestalten wird, ist vorerst noch völlig ungewiß. Man wird sich auf allerhand Radauszenen gefaßt machen müssen.

Das „neue System“, hat wie bekannt, bei Uebernahme der Regierungsgeschäfte alle ihnen unliebsamen Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben entfernt und durch reaktionäre Beamten ersetzt. So wurde auch der Leiter der Reichspressestelle zur Disposition gestellt. Der Einfluß des Herrn Schleicher, seines Amtes Wehrminister im Kabinett der Papenheimer, hat es fertiggebracht, zum Leiter der Reichspressestelle Major Marcka, der bisher im Reichwehrministerium tätig war, durchzusetzen. Marcka ist ein besonderer Freund des Herrn Schleicher, und seine Ernennung zum Reichspressechef ist daher verständlich. Damit ist wieder bewiesen, daß Papen nur die Firma stellt und Herr Schleicher regiert.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre erste Sitzung abgehalten. Der Vorsitzende der Partei, Genosse Wels, hat eingangs der Toten, die im Wahlkampf für die Sache des Sozialismus gefallen sind, ehrende Worte gesprochen, ebenfalls hat er auf den wüsten Terror, den die Funktionäre der Partei und Gewerkschaften zu erdulden hatten, hingewiesen und allen Wahlhelfern und Wählern den verdienten Dank ausgesprochen. Weiter beschäftigte sich die Sitzung mit den von der Sozialdemokratie eingebrachten Anträgen auf Arbeitsbeschaffung. Die Sitzung beschloß ferner, dem Reichstag je einen Antrag vorzulegen auf Aufhebung aller Notverord-

nungen, die durch die Papenregierung erlassen wurden und ein Mißtrauensantrag gegen die jetzige Regierung. Weitere Anträge verlangen die Wiederherstellung der Existenzmöglichkeiten für die minderbemittelte Bevölkerung durch einen Umbau der Wirtschaft. Verlangt wird ferner die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien (nämlich Kohle, Eisen, Großchemie und Zement) sowie der Großbanken. Ein anderer Gesetzentwurf verlangt die Enteignung des Grundbesitzes. Außerdem sollen die hohen Gehälter und Pensionen herabgesetzt werden, und zwar nicht nur für die öffentlichen Beamten und Angestellten, sondern auch für die Angestellten sämtlicher Privatunternehmungen, die vom Reich Subventionen erhalten oder mit ihren Steuern im Rückstand sind. Schließlich sollen auch die Fürstenabfindungen beseitigt werden. Alle Anträge fanden die Zustimmung der Fraktion und sollen in den nächsten Tagen im Reichstag eingebracht werden. Von den Rednern wurde mit aller Leidenschaft zum Ausdruck gebracht, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion alles daransetzen werde, um die Regierung zu zwingen, die Not der arbeitenden Bevölkerung zu lindern und die nationalsozialistische Demagogie in der Öffentlichkeit bloßzustellen.

Die Länderregierungen, die durch die letzte Wahl eine nationalsozialistische oder zumindest mit Unterstützung der Deutschnationalen, Regierung erhalten haben, haben sich ganz offen gegen die Reichsfarben Schwarzrotgold ausgesprochen. In Oldenburg, Anhalt und Mecklenburg-Schwerin wurden durch die reaktionären Mehrheiten in den Landesparlamenten die Anträge, daß Staatsdienstgebäude nur in den Landesfarben geflaggt werden dürfen, angenommen. Das Beflaggen der öffentlichen Gebäude mit den Reichsfarben Schwarzrotgold wird untersagt. Diese und ähnlich rein politische Anordnungen werden auf Befehl des Braunen Hauses von den Nazi-Länderregierungen durchgeführt, dagegen für Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung nichts unternommen. Das ist die wahre Politik der Faschisten.

Die Sondergerichte, die eingesetzt wurden zur Bekämpfung des politischen Terrors haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Wie nicht anders zu erwarten war, sind bisher vorwiegend nur Urteile gegen Reichsbannerleute und Kommunisten gefällt worden. Ob gegen die Nazioten auch so vorgegangen wird?

Der Größenwahn des Herrn Hitler ist nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland bekannt. Vor jeder Wahl faselt der Machthaber im Braunen Haus von der Uebernahme der Staatsgewalt, um dann Deutschland einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Auf Grund der Unterredungen zur Regierungsbildung in der letzten Woche wurde bekannt, daß der Osaf die ganze Staatsgewalt für sich in Anspruch nehmen wollte. Das wurde in den nationalsozialistischen Schmierblättern widerrufen; denn Herr Hitler wollte auf einige Ministerien wie zum Beispiel dem Postministerium zugunsten anderer Parteien verzichten. Nur der Reichskanzlerposten und die übrigen wichtigen Ministerien sollen den Nationalsozialisten übertragen werden. Einem ausländischen Journalisten gegenüber erklärte Hitler vor einigen Tagen, daß er 75 % der Macht im Staate fordere. Weiter erklärte er, daß ohne die Nationalsozialisten eine legale Regierung in Deutschland nicht länger möglich sei. Was die Tolerierung der gegenwärtigen Regierung anbetreffe, so habe er versprochen, die

Regierung solange zu unterstützen, als die Nationalsozialisten ihre Innen- und Außenpolitik billigen könnten. Er könne von einer sicheren Position aus die weitere Entwicklung abwarten. Das sind wirklich große Töne, die der Osaf anschlägt, und sie liegen ihm auch viel mehr als sich mit der Wirklichkeit zu beschäftigen.

Briefkasten der Redaktion

A. S. D. Nach der Wohlfahrtshilfeverordnung vom 14. Juni 1932 gelten als Wohlfahrtserwerbslose nur Arbeitnehmer, die arbeitsfähig, arbeitswillig unfreiwillig arbeitslos sind, das 60. Lebensjahr nicht überschritten haben und als Arbeitssuchende in dauernder Kontrolle des Arbeitsamtes stehen, sofern sie laufende Unterstützung beziehen. Nach diesen Grundsätzen erfolgt die regelmäßige Zählung der Wohlfahrtserwerbslosen.

Kamenz M. T. Die Zustimmung der Betriebsvertretung ist nicht erforderlich, wenn die Entlassung aus einer dem § 123 Gw.O. zugrundeliegenden Ursache entspringt. Notwendig ist, daß eine Verwarnung der Entlassung vorausgeht und die Unvorsichtigkeit nachgewiesen werden kann.

2248. Nach einer Verordnung des sächsischen Finanzministers vom 29. Juli 1932 wird Grundsteuererlaß bei Leerstehen oder Billigervermieten von Räumen und bei Mietausfall gewährt.

Literarisches

Die Versorgung der Arbeitslosen nach dem neuesten Stand der Gesetzgebung. Von Franz Spliedt und Dr. Bruno Broecker. Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 62 Seiten. Preis 40 Pf., Organisationspreis 30 Pf.

Ausgewähltes Spielgut für Herberge und Heim. 50 Heim- und Gesellschaftsspiele, bearbeitet von Fritz Forschepepe. 97x142 mm. Preis 30 Pf. Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, Hiltensbach i. Westfalen. Wer etwas sucht, womit er einen Kreis junger oder älterer Menschen gemeinsam beschäftigen und unterhalten will, der greife zu diesem Spielbuch. Bei dem niedrigen Preis kann jeder es leicht für sich oder als Geschenk für Freunde erwerben.

Der tschechische Arbeiterdichter Ivan Olbracht wird durch die Büchergilde Gutenberg jetzt einer größeren Öffentlichkeit bekanntgemacht. Sein bedeutendster Roman „Der vergitterte Spiegel“ erscheint im 3. Quartal bei der Büchergilde Gutenberg, und das jetzt vorliegende September-Heft dieser Gemeinschaft werktätiger Buchleser kündigt das Buch mit einem instruktiven Artikel über Ivan Olbracht und die wichtigsten Vertreter der tschechischen proletarischen Dichtung an. „Ein Gang durch das alte Prag“ von Edgar Hahnwald, ein charakteristischer Auszug aus dem Olbracht-Roman. Artikel über tschechische Buchkunst und über den Aufbau einer sozialistischen Kultur in der Tschechoslowakei und ausdrucksvolle Holzschnitte eines tschechischen Künstlers — alles in allem ein kleiner Querschnitt durch ein Land, das uns zwar benachbart ist, von dem wir aber bisher herzlich wenig wußten. Die Zeitschrift „Die Büchergilde“ geht den Mitgliedern kostenfrei zu.

Sterbetafel

Berlin. Am 8. August starb unser Kamerad **Richard Gabbert** im Alter von 46 Jahren infolge Herz- und Nierenleidens.

Frankfurt a. Main. Am 11. August starb unser Kamerad **Martin Hilz** im Alter von 30 Jahren infolge Unglücksfalls.

Göttingen. Am 17. August starb unser Kamerad **Heinr. Gerhardt** im Alter von 59 Jahren.

Königsberg i. Pr. Am 1. Juli starb unser Kamerad **Karl Meiwald** im Alter von 52 Jahren an Magenkrebs.

Nürnberg. Am 15. August starb unser Kamerad **Paul Rösch** im Alter von 50 Jahren an Magenkrebs.

Worms. Am 3. August starb unser Kamerad **Kurt Kesselring** im Alter von 29 Jahren infolge Gehirnschlages.

Ehre ihrem Andenken!

Lest gute Bücher!

Kauft
die vom Verband
herausgegebene
Fachliteratur!

Hobelbänke 50 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, la Qualität.
Blatt la gediegene Rotbuche, Garantie.

Werkzeuge

Abbildung und Preisliste gratis.
Karl. Ramisch, Pirna a. d. Elbe.



Bauschule Rastede i. Oldbg.

v. C. Rohde. Programm frei. Polierkursus 1 Semester, Vorbereitung auf die Meisterprüfung 2 Semester. Treppenaufbau, Schiftungen.

Berufs-, Wander- und Sportbekleidung

In Samt, Manchester, Leder und Pilot. Werkzeuge und Teakholz-Wasserwaagen, Schlapphüte, Isländer. **Preisliste gratis.** Mechanische Kleiderfabrik.

Welt-Versandhaus Fritz Ulrich

Altona/Elbe 12, Gustavstraße 58/60

